

## Proteste in Kuba

### Lebensmittelknappheit, fehlende Medikamente, Stromausfälle – eine Folge von Misswirtschaft oder von US-Sanktionen?

von Gisela Liebe

Vor einigen Wochen gingen Meldungen und Bilder über Massenproteste in Kuba weltweit durch die Medien. Am 11. Juli fanden Massendemonstrationen statt, die sich, ausgehend von dem Stadtviertel San Antonio de los Baños in Havanna, über verschiedene Städte ausbreiteten. Die Proteste richteten sich gegen Lebensmittelknappheit, fehlende Medikamente und Stromausfälle. Einige Demonstranten plünderten Geschäfte und griffen Streifenwagen an. Es gab gewaltsame Reaktionen der Polizei, Verletzte und willkürliche Verhaftungen. Das Internet in Kuba wurde zunächst abgeschaltet. Sind die Proteste echt, und wenn ja, vor welchem Hintergrund? Oder wird hier wieder versucht, eine «farbige Revolution» zu inszenieren?

In den deutschsprachigen Medien wurde meist einseitig die Sicht der US-amerikanischen Regierung wiedergegeben. US-Präsident Joe Biden äusserte, Kuba sei ein «gescheiterter Staat», der seine Bürger unterdrücke. Der Bürgermeister von Miami, dem Hauptsitz der Exilkubaner, verlangte sogar einen Militäreinsatz der USA gegen Kuba.

In Lateinamerika ist eine differenziertere Betrachtungsweise zu finden. Gerardo Szalkowicz, Herausgeber der Online-Plattform Nodal, weist wie viele andere zunächst auf die seit 1962 andauernde Wirtschaftsblokade durch die USA hin, die auch die Einfuhr von Lebensmitteln und Grundversorgungsgütern wie Medikamenten, Spritzen und Beatmungsgeräten einschränkt. In den letzten 60 Jahren wurde dadurch ein permanenter Mangelzustand mit einem Schaden von schätzungsweise 144 Milliarden Dollar verursacht. Während der Pandemie wurden vom damaligen US-Präsidenten Donald Trump weitere 243 Sanktionen verhängt, die vom Nachfolger Biden – trotz anderslauten-

«Das Problem wird durch die enorme Überdimensionierung und Verzerrung der Tatsachen in der internationalen Presse noch verkompliziert, mit einem Wirbelsturm von «fake news» und manipulierten Fotos, von Bildern aus Ägypten, als ob sie aus Kuba kämen, bis hin zu Fotos von Demonstrationen zur Unterstützung der Revolution und der Regierung, die als Oppositionsmärsche dargestellt werden.»  
(Pedro Brieger, Direktor der Online-Plattform Nodal)

der Ankündigungen im Wahlkampf – nicht zurückgenommen wurden.

Die UN-Vollversammlung hat seit 1992 jedes Jahr fast einstimmig eine Resolution verabschiedet, in der die Blockade verurteilt wird. Im Juni dieses Jahres waren die USA und Israel die einzigen Länder, die sich gegen ein Ende der Blockade aussprachen. Der mexikanische Präsident Andrés López Obrador sagte es deutlich: Wenn man Kuba wirklich helfen wolle, müsse man als erstes die Wirtschaftsblokade aufheben, das wäre eine wirklich humanitäre Geste.

Mit der Pandemie verschärften sich die wirtschaftlichen Probleme nochmals. Der Tourismus als wichtigste Einnahmequelle von Devisen brach ein. Kuba hat die Covid-19-Pandemie dank seines guten Gesundheitssystems bisher besser bewältigt als die meisten anderen Länder Lateinamerikas und konnte sogar zahlreiche Länder mit seinen gut ausgebildeten Ärzten unterstützen. Allerdings hat die Zahl der Ansteckungen und Todesfälle in den letzten Wochen zugenommen. Es mangelt an medizinischem Bedarfsmaterial, auch bei der Herstellung von Impfstoffen.

Als tiefere Wurzeln für die Unzufriedenheit, die am 11. Juli zum Ausdruck kam, nennt Szalkowicz den zu langsamen und zu ineffizienten wirtschaftlichen Reformprozess, der seit 2011 eingeleitet worden war. Auch alt-

Nationalrat, Onkologe und Präsident von Medicuba Franco Cavalli, ein guter Freund und Kenner Kubas, beklagt die «ausufernde Bürokratie und aufreibende Langsamkeit in der Verwirklichung der seit langem beschlossenen Reformen». Er weist aber ebenso auf die Unehrlichkeit und doppelte Standards unserer Berichterstattung hin, die kaum Worte für den Skandal der längsten und ebenso völkerrechtswidrigen Wirtschaftssanktionen findet, denen das Land «fast einem Wunder gleich», wie er sagt, seit Jahrzehnten zu widerstehen vermag.

Seit der Verbreitung des mobilen Internets im Jahr 2018 entstanden in den letzten Jahren einige Oppositionsgruppen wie die San-Isidro-Bewegung. Darunter sind Künstler und YouTuber, die von Washington und Miami aus unterstützt wurden, aber auch Jugendliche, die aufrichtig ihre aufgestaute Unzufriedenheit zum Ausdruck bringen wollen.

Eine unrühmliche Rolle bei den Protesten spielen die internationalen Medien: So stellt beispielsweise Pedro Brieger, Direktor der Online-Plattform Nodal, fest: «Das Problem wird durch die enorme Überdimensionierung und Verzerrung der Tatsachen in der internationalen Presse noch verkompliziert, mit einem Wirbelsturm von «fake news» und manipulierten Fotos, von Bildern aus Ägypten,

als ob sie aus Kuba kämen, bis hin zu Fotos von Demonstrationen zur Unterstützung der Revolution und der Regierung, die als Oppositionsmärsche dargestellt werden.»<sup>2</sup>

Kuba ist noch immer ein Stachel im Fleisch der USA. Immerhin hat es das kleine Land mit heute elf Millionen Einwohnern geschafft, 60 Jahre seine Unabhängigkeit gegenüber dem übermächtigen Nachbarn zu behaupten. Dessen sind sich auch viele Menschen in den Bruderländern in Lateinamerika bewusst und empfinden eine tiefe Solidarität mit Kuba, auch wenn sie andere politische Vorstellungen haben.

Pedro Brieger resümiert: «Sicher sind viele Kubanerinnen und Kubaner gegen den Sozialismus, sie sind nicht mit der Revolution einverstanden und ziehen es vor, in einer kapitalistischen Gesellschaft zu leben oder in dem Überfluss, der ihrer Vorstellung nach im Kapitalismus für die grossen Mehrheiten existiert. Es gibt auch zahlreiche Gruppen junger Menschen, die nach 1959 geboren wurden und sich mit Forderungen organisieren, die typisch für diese Zeit sind, sie sind sehr kritisch und wollen Veränderungen innerhalb der Revolution; und bei diesen Gelegenheiten fühlen sie sich von den Anführern des Landes nicht gehört.»<sup>3</sup>

Der kubanische Präsident Miguel Díaz Canel räumte ein, dass viele der Forderungen gerechtfertigt seien, und versprach Gesprächsbereitschaft.

Die Frage bleibt, warum ein Land – angeblich im Namen von Freiheit und Demokratie – über Jahrzehnte und seit mehr als 30 Jahren auch gegen den Willen praktisch aller anderen Staaten klar völkerrechtswidrige Massnahmen aufrechterhalten kann.

<sup>1</sup> Neue Zürcher Zeitung vom 4.8.2021

<sup>2</sup> <https://www.nodal.am/2021/07/la-columna-de-pedro-brieger-en-cuba-tambien-protestan/>

<sup>3</sup> <https://www.nodal.am/2021/07/cerran-filas-con-cuba-sin-romantizarla-por-gerardo-szalkowicz/>

## «Es gibt keinen Grund, die Politik des Kalten Krieges beizubehalten»

### Ein öffentlicher Appell an US-Präsident Joe Biden, die Sanktionen gegen Kuba zu beenden

Mehr als 400 ehemalige Staatsoberhäupter, Politiker, Intellektuelle, Wissenschaftler, Geistliche, Künstler, Musiker und Aktivisten aus aller Welt haben einen dringenden Appell an US-Präsident Joe Biden gerichtet, die 243 einseitigen Zwangsmassnahmen (Sanktionen) aufzuheben, die der ehemalige Präsident Donald Trump gegen Kuba verhängt hat. Sie argumentieren, dass diese Massnahmen «das Leben auf der Insel absichtlich erdrosselt und noch mehr Leid verursacht haben».

Die Unterzeichner – darunter die ehemaligen Präsidenten Luiz Inácio «Lula» da Silva von Brasilien und Rafael Correa von Ecuador; Noam Chomsky, Daniel Ellsberg, Oliver Stone, Jill Stein, Judith Butler, Roxanne Dunbar-Ortiz, Yanis Varoufakis, Chris Hedges; die Künstler Boots Riley, Chico Buarque, Jane Fonda, Susan Sarandon, Danny Glover und Emma Thompson – weisen darauf hin, dass die Fähigkeit des Landes, lebensrettende Lebensmittel und Medikamente zu kaufen, unter anderem durch die von den Vereinigten Staaten verhängten Beschränkungen für Überweisungen und den Zugang Kubas zu globalen Finanzinstitutionen behindert wird.

Trotz des Wirtschaftsembargos hat Kuba fünf Impfstoffe gegen Covid-19 entwickelt und medizinisches Fachpersonal in mehr als 50 Länder entsandt, um sie bei ihren Bemühungen zu unterstützen, die Ausbreitung des Virus zu verhindern und die Infizierten zu behandeln.

Offiziellen Berichten zufolge hat die Blockade Kuba zwischen April 2020 und Dezember 2020 Verluste in Höhe von 3.586,9 Millionen Dollar verursacht. Einschliesslich der Verluste des vorangegangenen Zeitraums belaufen sich diese auf insgesamt 9157,2 Mio. USD (von April 2019 bis Dezember 2020). Die humanitären Schäden, das Leid und der Mangel, die den kubanischen Familien in all diesen Jahren entstanden sind, sind unermesslich.

Der offene Brief wurde u.a. als ganzseitige Anzeige in der «New York Times» vom 23. Juli 2021 veröffentlicht.

Quelle: peoplesdispatch.org

Sehr geehrter Präsident Biden  
Die Zeit ist reif für eine neue Richtung in den Beziehungen zwischen den USA und Kuba. Wir, die Unterzeichnenden, richten diesen dringenden öffentlichen Appell an Sie, weil wir die grausame Politik ablehnen, die Trump im Weissen Haus eingeführt hat und die so viel Leid über das kubanische Volk gebracht hat.

Kuba – ein Land mit elf Millionen Einwohnern – macht eine schwere Krise durch, da es zunehmend an Lebensmitteln und Medikamenten mangelt. Die jüngsten Proteste haben dies der Weltöffentlichkeit vor Augen geführt. Während die Covid-19-Pandemie für alle Länder eine grosse Herausforderung darstellt, ist die Herausforderung für eine kleine Insel, die unter dem enormen Druck eines Wirtschaftsembargos steht, noch viel grösser.

Wir halten die Politik, dem kubanischen Volk absichtlich Lebensmittel und Medikamente zu verweigern, insbesondere während einer weltweiten Pandemie, für eine gänzlich skrupellose Handlungsweise.

Mit der Pandemie haben die Inselbewohner – und die Regierung – Milliarden an Einnahmen aus dem internationalen Tourismus verloren, die in normalen Zeiten in das öffentliche Gesundheitssystem, die Lebensmittelversorgung und die Wirtschaft investiert worden wären.

Während der Pandemie hat die Regierung Trump das Embargo verschärft, die Öffnung der Regierung Obama rückgängig gemacht und 243 Zwangsmassnahmen eingeführt, die das Leben auf der Insel absichtlich stranguliert und weitere Not geschaffen haben.

Das Verbot von Geldüberweisungen und die Aussetzung direkter Handelsflüge zwischen den Vereinigten Staaten und Kuba beeinträchtigen das Wohlergehen der meisten kubanischen Familien.

Am 12. Juli haben Sie geschrieben: «Wir unterstützen die Menschen in Kuba.» Wenn das wahr ist, fordern wir Sie auf, sofort eine Durchführungsverordnung zu unterzeichnen, die die 243 von Trump eingeführten «Zwangsmassnahmen» aufhebt.

Es gibt keinen Grund, die Politik des Kalten Krieges beizubehalten, die von den Vereinigten Staaten verlangen würde, Kuba als einen existentiellen Feind und nicht als ein Nach-

barland zu behandeln. Anstatt den Kurs von Trump beizubehalten, der bemüht war, Obamas Öffnung gegenüber Kuba rückgängig zu machen, fordern wir Sie auf, die Öffnung wieder aufzunehmen und fortzusetzen und den Prozess der Aufhebung des Embargos einzuleiten. Die Beendigung der Lebensmittel- und Medikamentenknappheit muss oberste Priorität haben.

Am 23. Juni stimmte eine Mehrheit der UN-Mitgliedsstaaten dafür, die Vereinigten Staaten von Amerika aufzufordern, das Embargo zu beenden. Dies ist die fortdauernde Haltung der meisten Mitgliedsstaaten in den letzten 30 Jahren gewesen. Zusätzlich schrieben sieben UN-Sonderberichterstatter im April 2020 einen Brief an die US-Regierung bezüglich der Sanktionen gegen Kuba. «In der gesundheitlichen Notlage, die die Pandemie darstellt, kann die mangelnde Bereitschaft der Regierung der Vereinigten Staaten, die Sanktionen aufzuheben, zu einem erhöhten Risiko der Not in Kuba führen.» Das haben sie in ihrem Brief geschrieben.

Wir fordern Sie auf, die von Trump verhängten «Zwangsmassnahmen» aufzuheben und zu Obamas Öffnung zurückzukehren oder, was am besten wäre, den Prozess der Beendigung des Embargos einzuleiten und die Beziehungen zwischen den USA und Kuba vollständig zu normalisieren.

Quelle: letcubalive.com

# Krieg an Armeniens Staatsgrenzen

von Gerd Brenner, Oberst d G

Trotz offensichtlicher militärischer Aggression Aserbaidschans im Herbst vergangenen Jahres hat Armenien von der sogenannten westlichen Wertegemeinschaft bislang nicht viel mehr als rhetorische Unterstützung erhalten. Gerade die USA und Frankreich als Co-Vorsitzende derjenigen Staatengruppe, welche sich eine friedliche Lösung des Karabach-Konflikts auf die Fahnen schrieb, unternahmen nichts, um der aserbaidschanischen Aggression Einhalt zu gebieten. Das wirft einmal mehr ein bezeichnendes Licht auf die Doppelstandards und die Schwäche westlicher Aussenpolitik. Wirtschaftliche Interessen schieben völkerrechtliche Prinzipien rasch beiseite, vor allem, wenn dazu noch das geopolitische Setting stimmt.

In den vergangenen Wochen ereigneten sich – weitgehend unbemerkt von der westlichen Öffentlichkeit – mehr als nur Zwischenfälle an der Staatsgrenze zwischen Armenien und Aserbaidschan: Man kann von eigentlichen Grenzgefechten sprechen. Diese sind um so besorgniserregender, als sie nicht an der umstrittenen Grenze in Berg-Karabach stattfanden, sondern an der völkerrechtlich anerkannten Grenze zwischen den beiden Staaten im Südkaukasus.

## Gefährliches Eskalationspotential in geopolitisch heikler Region

Das Eskalationspotential in einer Region, in welcher Russland, Georgien, die Türkei und Iran aneinander grenzen, ist enorm. Um so unverständlicher ist, weshalb die kriegesischen Ereignisse der letzten Wochen so wenig Widerhall fanden.

Im armenisch-aserbaidschanischen Krieg, der 1994 endete, eroberten die Armenier und die Karabacher zusammen das Siedlungsgebiet der ethnischen Armenier in Berg-Karabach sowie die umliegenden, von Aserbaidschanern bewohnten Gebiete. Die dort wohnhaften Aserbaidschaner flohen ins aserbaidschanische Kernland, wo sie seither in Flüchtlingslagern auf die Rückkehr in ihr angestammtes Land warteten. In den Jahren zwischen 1994 und 2020 bauten Armenien und Arzach, wie sich die Republik Nagorno Karabach seit ein paar Jahren nennt, die eroberten Gebiete zu einer Art militärischem Glacis aus, in welchem sie starke Feldbefestigungen errichteten. Immer wieder kamen Diskussionen auf, ob Armenien bzw. die Republik Arzach diese Gebiete im Tausch gegen Frieden an Aserbaidschan zurückgeben solle. Skeptiker wiesen darauf hin, dass nach solch einem Abtausch die militärische Position von Arzach sehr prekär werden würde, weil es dann vollständig von aserbaidschanischem Gebiet umgeben wäre. Sie wandten sich auch mit dem Argument dagegen, dass keinesfalls garantiert sei, dass Aserbaidschan nach einem derartigen Gebietsabtausch friedlich bleibe. Hardliner wehrten sich entschieden gegen einen Deal nach dem Prinzip «Land für Frieden», weil sie nicht einsehen wollten, weshalb unter blutigen Verlusten eroberte Gebiete an den Feind zurückgegeben werden sollten. Das aktuelle Verhalten des Alijew-Regimes in Baku gibt den Skeptikern im nachhinein recht: Aserbaidschan hat seine Gebiete rund um Berg-Karabach wieder zurückerhalten, aber es sieht nicht so aus, als ob Ilham Alijew damit zufrieden wäre.

In der Grenzregion zwischen Armenien und der Türkei, rund um den berühmten Berg Ararat, endete der Kalte Krieg bis heute nicht. Auf der Basis eines bilateralen Vertrags sind seit 1992 russische Grenztruppen an der armenisch-türkischen Grenze stationiert.<sup>1</sup> Darüber hinaus sind Armenien und Russland Verbündete in der *Organisation des Vertrags für kollektive Sicherheit* OVKS. Das ist ein klares Zeichen Russlands an die Türkei: Ein Angriff auf Armenien käme einem Angriff auf Russland gleich, das in Armenien eine Luftwaffenbasis betreibt und das Gerät für eine motorisierte Schützendivision eingelagert hat.<sup>2</sup> Russland ist willens und in der Lage, einen türkischen Angriff abzuwehren.

## Friedensbemühungen der OSZE

Um den Konflikt einer friedlichen Lösung zuzuführen, formulierte eine Gruppe von OSZE-Teilnehmerstaaten im Jahr 2007 die sogenannten *Madriker Prinzipien*, welche die Rückgabe



(\*Arzach, früher Berg-Karabach; Grafik: <https://theconversation.com/nagorno-karabakh-in-the-aftermath-of-war-armenia-faces-an-unpalatable-choice-161375/Gerd-Brenner>)

der 1994 eroberten, aserbaidschanisch bewohnten Gebiete durch Arzach an Aserbaidschan vorsahen.<sup>3</sup> Einzig der sogenannte Lachin-Korridor, ein Geländestreifen von wenigen Kilometern Breite, sollte unter der Kontrolle der Republik Arzach verbleiben. Er verbindet Berg-Karabach mit Armenien und stellt so etwas wie die Nabelschnur zwischen Arzach und dem armenischen Mutterland dar.

Im sechs Wochen dauernden Krieg vom 27. September bis 8. November vergangenen Jahres eroberte die aserbaidschanische Armee grosse Teile des «Glacis» zurück, nahm die symbolisch wichtige Stadt Shusha/Shushi ein und eroberte einen Teil des Bezirks Hadrut.<sup>4</sup> Hadrut stellte seit jeher Teil des Kernbestandes von Berg-Karabach dar und war von ethnischen Armeniern bewohnt gewesen. Nach dem von Russland vermittelten Waffenstillstand vom 9. November vergangenen Jahres mussten die Bewohner von Hadrut ihre alte Heimat verlassen, denn an ein friedliches Zusammenleben von Armeniern und Aserbaidschanern ist auf absehbare Dauer nicht zu denken.<sup>5</sup> Auf beiden Seiten der Front wuchs seit 1994 eine Generation heran, die in Hass und Furcht vor der jeweiligen Gegenseite erzogen wurde. Unter der Devise «preparing peoples for peace» versuchten westliche Diplomaten, die Konfliktparteien zum Verzicht auf die Greuelpropaganda zu bewegen, im vollen Bewusstsein, dass es Jahre oder Jahrzehnte dauern könnte, bis das gegenseitige Misstrauen und die Furcht abgebaut sind.<sup>6</sup> Mit der Eroberung des Bezirks Hadrut hat Ilham Alijew dem Westen nun gezeigt, was er von friedlicher Konfliktlösung hält.

## Russische Peacekeeper zur Sicherung der staatlichen Existenz Arzachs

Im Waffenstillstand vom 9. November 2020 musste Arzach die 1994 eroberten Gebiete an Aserbaidschan abtreten, behielt aber den Lachin-Korridor. Kurz nach dem Abschluss des Abkommens rückten russische Peacekeeping-Truppen in Berg-Karabach ein. Sie sind nun für eine Dauer von mindestens fünf Jahren im Restgebiet der Republik Arzach stationiert. Danach, so die Bestimmungen des Waffenstillstandsvertrags, soll über ihren weiteren Verbleib oder einen Ersatz durch eine internationale Peacekeeping-Truppe entschieden werden. Die russischen Peacekeeper anzugreifen, käme Aserbaidschan politisch und militärisch teuer zu stehen, es würde sich dadurch die noch verbliebenen Sympathien vollständig verschmerzen. Damit wurden die russischen Peacekeeper nach den russischen Grenztruppen zur zweiten «Stolperdraht-Truppe» im Südkaukasus, und Russland wurde zum Garanten der staatlichen Existenz der Republik Arzach. Die russischen Peacekeeper verhindern über die nächsten fünf Jahre, dass Ali-

jew ganz Berg-Karabach wieder unter seine Kontrolle bekommt.

## Aserbaidschan: Kalkül mit Waffenstillstandsverletzungen

In den letzten Wochen kam es zu weit mehr als zu blossen Zwischenfällen an der vielfach unmarkierten und in unübersichtlichem Gelände verlaufenden Grenze zwischen Armenien und Aserbaidschan. So drangen aserbaidschanische Truppen in der armenischen Provinz Syunik offenbar mehrere Kilometer auf armenisches Gebiet vor.<sup>7</sup> Am 20. Juli kam die Ortschaft Yeraskh im Dreiländereck zwischen Armenien, der aserbaidschanischen Enklave Nakhichevan, der Türkei und Iran unter Beschuss.<sup>8</sup> Und Ende Juli wurden zwei armenische Ortschaften bei Vardenis am Südostrand des Sevan-Sees zu Schauplätzen von Gefechten.<sup>9</sup> Bei all diesen Ortschaften handelt es sich um unbestrittenes Territorium von Armenien und nicht um völkerrechtlich umstrittenes Gebiet von Berg-Karabach.

Die Ereignisse der vergangenen Wochen zeigen, dass Ilham Alijew mehr will, als er im Waffenstillstandsabkommen vom 9. November 2020 bekam. Die russischen Peacekeeper hindern ihn daran, das Restgebiet von Arzach mit Gewalt zu erobern und die letzten Armenier aus seinem Land zu vertreiben. Deshalb möchte er einen Friedensvertrag mit Armenien schliessen, in welchem dieses die Hoheit Aserbaidschans über Berg-Karabach anerkennt. Sollte ein solcher zustande kommen, kann Alijew von Russland den Abzug der Peacekeeper verlangen. Die Methode, mit welcher er Armenien zu solch einem Schritt bewegen will, ist militärische Gewalt. In Umkehrung der Devise «Land für Frieden» will er durch Schläge gegen armenisches Gebiet spätestens bis 2025 die armenische Regierung zu einem Einlenken zwingen. Gepaart mit weiteren Massnahmen zur wirtschaftlichen Isolation Armeniens könnte diese Methode durchaus zum Erfolg führen.

## Armenien – einmal mehr Bauernopfer der Machtpolitik?

Mit Enttäuschung nahm Armenien das westliche Schweigen angesichts der offenen militärischen Aggression Aserbaidschans im vergangenen Oktober zur Kenntnis und hätte sich auch ein früheres Eingreifen Russlands gewünscht. Ähnlich wie sein Nachbar Iran muss auch Armenien langsam zur Erkenntnis kommen, dass auch eklatante Völkerrechtsverletzungen keine Gegenmassnahmen der internationalen Gemeinschaft auslösen, wenn es am politischen Willen hierfür mangelt. Und dieser wiederum ist oftmals eine Funktion geopolitischer Ambitionen.

In Armenien wächst auch die Sorge um vermisste armenische Soldaten, und es

kommt der Verdacht auf, dass Aserbaidschan bislang nicht alle Kriegsgefangenen ausgetauscht hat, wie vertraglich vereinbart, sondern noch eine Anzahl von ihnen zurückhält, um Armenien zu erpressen.

Noch sind Armeniens Grenzen zu seinen Nachbarn Georgien und Iran geöffnet. Auch diese Grenzen möchte Alijew gerne schliessen. Da kommt ihm westliche Druckausübung auf Iran gerade recht, genauso wie Spannungen zwischen Russland und Georgien. Für Armenien sind die Zukunftsaussichten trüb. Für die kommenden fünf Jahre darf es wohl nicht viel mehr erwarten als wirtschaftlichen Druck und Kleinkrieg an seinen Grenzen; und vom Westen bestenfalls rhetorische Unterstützung.

<sup>1</sup> Grundlage dafür ist der «Vertrag zwischen der Republik Armenien und der Russischen Föderation über den Status und die Funktion der auf dem Territorium der Republik Armenien stationierten Grenztruppen der Russischen Föderation» vom 30.9.1992, russ. «Договор между Республикой Армения и Российской Федерацией о статусе и функциях пограничных войск Российской Федерации, дислоцированных на территории Республики Армения», online unter <https://docs.cntd.ru/document/1900722> und <https://www.kavkaz-uzel.eu/articles/280284/>. Siehe auch «О пограничных войсках» auf der Homepage des Nationalen Sicherheitsdienstes Armeniens, <https://sahmanapah.sns.am/ru/%D0%BE-%D0%BF%D0%BE%D0%B3%D1%80%D0%B0%D0%BD%D0%B8%D1%87%D0%BD%D1%8B%D1%85-%D0%B2%D0%BE%D0%B9%D1%81%D0%BA%D0%B0%D1%85>

<sup>2</sup> siehe Ирина ПАВЛЮТКИНА: Министр обороны Республики Армения Сейран ОГАНЯН, Россия – исторически наш стратегический союзник, in: Красная звезда, 20.3.2009. Die Basis bleibt vertraglich vorerst bis 2044 bestehen. Vgl. auch Homepage des russ. Verteidigungsministeriums: «Министры обороны России и Армении подписали Соглашение об Объединенной группировке войск двух стран», 30.11.2016, online unter [https://function.mil.ru/news\\_page/country/more.htm?id=12105072@egNews#txt](https://function.mil.ru/news_page/country/more.htm?id=12105072@egNews#txt) und Алина Назарова: Российская база под Ереваном заработала в «сирийском» режиме, 2 декабря 2020, online unter [https://yandex.ru/turbo/vz.ru/s/news/2020/12/2/1073492.html?utm\\_source=yxnews&utm\\_medium=desktop](https://yandex.ru/turbo/vz.ru/s/news/2020/12/2/1073492.html?utm_source=yxnews&utm_medium=desktop). Zum Luftwaffenstützpunkt Erebuni auch Homepage des russ. Verteidigungsministeriums: На российский авиабазу в Армении поступила партия современных вертолетов, 08.12.2015, online unter [https://function.mil.ru/news\\_page/country/more.htm?id=12071115@egNews#txt](https://function.mil.ru/news_page/country/more.htm?id=12071115@egNews#txt)

<sup>3</sup> siehe CSS-Studien zur Sicherheitspolitik: Berg-Karabach, Hindernisse für eine Verhandlungslösung, Nr. 131, April 2013, online unter [https://css.ethz.ch/content/dam/ethz/special-interest/gess/cis/center-for-security-studies/pdfs/CSS-Analysen\\_131-DE.pdf](https://css.ethz.ch/content/dam/ethz/special-interest/gess/cis/center-for-security-studies/pdfs/CSS-Analysen_131-DE.pdf). Die sog. Minsker Gruppe der OSZE besteht aus Belarus, Deutschland, Italien, Schweden, Finnland und der Türkei sowie Armenien und Aserbaidschan. Nach dem Rotationsprinzip sind auch die drei Staaten der OSZE-Troika ständige Mitglieder. Die Gruppe wird gemeinsam von den USA, Frankreich und Russland präsidiert.

<sup>4</sup> Eine Übersicht bei Halbach, Uwe. Nagorno-Karabach, in: Bundeszentrale für politische Bildung, 26.11.2020, online unter <https://www.bpb.de/internationales/weltweit/innerstaatliche-konflikte/224129/nagorno-karabach>. Zum viel erörterten Drohnen-Einsatz siehe: Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestags, Dokumentation zum Drohneinsatz im Krieg um Bergkarabach im Jahre 2020, o. O. 2021, online unter <https://www.bundestag.de/resource/blob/825428/5b868defc837911f17628d716e7e1e1d/WD-2-113-20-pdf-data.pdf>

<sup>5</sup> Der Wortlaut des Vertrags bei 3. аявление Президента Азербайджанской Республики, Премьер-министра Республики Армения и Президента Российской Федерации 10 ноября 2020 года, online unter <http://www.kremlin.ru/events/pressident/news/64384>, engl. Übersetzung bei Bundeszentrale für politische Bildung, 1.12.2020, Dokumentation: Waffenstillstandsvereinbarung zwischen Aserbaidschan und Armenien vom 10. November 2020, online unter <https://www.bpb.de/internationales/europa/russland/analysen/322104/dokumentation-waffenstillstandsvereinbarung-zwischen-aserbaidschan-und-armenien-vom-10-november-2020>.

<sup>6</sup> Der Autor hat selbst an entsprechenden Gesprächen teilgenommen.

<sup>7</sup> siehe Brenner, Gerd. «Kaviar und Krieg im Kaukasus, Bestechlichkeit und Machtgier lassen die Region nicht zur Ruhe kommen», in: *Zeit-Fragen* Nr. 121, 1. Juni 2021, online unter <https://www.zeit-fragen.ch/archiv/2021/nr-121-1-juni-2021/kaviar-und-krieg-im-kaukasus.html> und <https://www.fr.de/politik/rote-linien-am-schwarzen-see-90612220.html> sowie <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/neue-spannungen-zwischen-armenien-und-aserbaidschan-17341621.html>

<sup>8</sup> siehe <https://twitter.com/NKobserver/status/1417255693107834881>. Vgl. auch Latton, Marcus. Bergkarabach ist nicht genug, in: *Jungle.world* 30/2021 vom 29.07.2021, online unter <https://jungle.world/artikel/2021/30/bergkarabach-ist-nicht-genug>

<sup>9</sup> siehe Gyulumyan, Gevorg. «Fighting on the Armenian-Azerbaijani Line of Contact Halted», in: *The Armenian Mirror Spectator*, July 28, 2021, online unter <https://mirrorspectator.com/2021/07/28/fighting-on-the-armenian-azerbaijani-line-of-contact-halted/> und Ghazanchyan, Siranush. «Armenia downs Azerbaijani Aerostar drone near Vardenis», in: *Public Radio of Armenia*, July 30, 2021, online unter <https://en.armradio.am/2021/07/30/armenia-downs-azerbaijani-aerostar-drone-near-vardenis/>

# Mehr aufrechter Gang steht der Schweiz gut an

## Rückblick auf einen verwässerten 1. August

von Peter Küpfer

Der 1. August ist seit 130 Jahren der Bundesfeiertag der Schweizerischen Eidgenossenschaft. An diesem Tag besinnt sich die Schweiz in Erinnerung an den Bundesbrief von 1291 auf ihre Gründungszeit. Eingedenk des Beistandspakts bei kriegerischen Bedrohungen sicherten sich im Hochmittelalter die drei alten Gründungsorte Uri, Schwyz und Unterwalden gegenseitige Hilfe zu. Der Abschluss dieses grundlegenden Vertrages wird allgemein als «Geburt der Schweiz» angesehen, am 1. August offiziell gefeiert und mit Besinnung auf Geschichte und Gegenwart mit Ernst begangen. In letzter Zeit ist diese Besinnung zunehmend in den Hintergrund gerückt. Ob das mit dem von vielen diagnostizierten Mangel an Selbstbewusstsein der Schweiz und eigener ihrer Repräsentanten zusammenhängt?

Staatsziel der Schweiz ist, geschützt durch ihre Verfassung, nicht nur die Sicherung ihrer viersprachigen Bevölkerung im Innern, sondern auch deren Schutz gegen äusserliche Bedrohungen, auch kriegerische. Der Schutz des schweizerischen Territoriums sowie die Kriegsverhinderung sind als Staatspflicht verfassungsmässig festgelegt und wurden 160 Jahre lang mit der schweizerischen Milizarmee glaubhaft und effizient geschützt. Dass die Schweizer Armee heute weitgehend abgebaut wird, hat Gründe, die wir in dieser Zeitung immer wieder benannt und dokumentiert haben (vgl. dazu auch den Beitrag von *Gottard Frick* unten auf dieser Seite).

### Unzureichende Analysen

Diese Entwicklung weg von der Substanz wurde von Kreisen befördert, die in der Besinnung auf die Nation bereits «Rechtslastigkeit» sehen, Stolz auf die bewahrte Freiheit als Arroganz abtun und die Verteidigung der eigenen

Interessen, sogar der schweizerischen Souveränität, als «typisch schweizerischen Egoismus» und «Rosinenpicken» verunglimpfen. Verschiedenen Medientexten zum 1. August 2021 zufolge überweg denn auch eine gewisse Lustlosigkeit oder der Versuch, auf Nebengleise auszuweichen. Die «Neue Zürcher Zeitung», international angesehenes Forum der Schweizer Liberalen, beschränkte sich in ihrem Beitrag zum 1. August schwerpunktmässig auf ein doppeltes Potpourri, in welchem sie im Sinne einer «Zukunftswerkstatt Schweiz» originellen Ideenproduzenten Raum für Zukunftsträchtiges gab oder das, was dafür gehalten wurde. Die CH-Media-Zeitungen («St. Galler Tagblatt» und weitere Medien) veröffentlichten ein Interview mit alt-Bundesrat *Couchepin* (FDP), in welchem er die Entschlossenheit des Bundesrates, dem Trauerspiel Rahmenvertrag mit der EU ein Ende zu setzen, als «Machtgebaren» hinstellte. Entgegen der Stimmung von Teilen seiner eigenen Partei, deren Anschlusspolitik an die EU in jüngerer Zeit auf eine unterschiedene und sachlich argumentierende innerparteiliche Opposition stösst, vertritt er weiter das Credo, dass der Schweiz nur die Anpassung an die EU von Nutzen sei. Auf die Frage, wie sich dies mit ihrer Souveränität, ihrer direkten Demokratie und ihrer Neutralität vertragen, ging der alt-Bundesrat nicht ein.

Die *Weltwoche* veröffentlichte einen übelläunig-sarkastischen Kommentar ihres Chefredaktors *Roger Köppel* unter dem Titel «Überleben in einer verrückten Welt». Dass vieles ausser Rand und Band geraten ist, ist offensichtlich. Dass aber von einer pointiert bürgerlichen Position aus Sätze wie die folgenden Anspruch darauf erheben, ernst genommen zu werden, ist denn doch erstaunlich. Köppel schreibt in seinem Leitartikel zur Bundesfeier unter anderem: «Die Menschen neigen zur

Hab- und Machtgier. Die Starken würden die Schwachen umbringen oder ausbeuten, wenn man sie denn liesse. Ich staune jeden Tag, dass es so etwas wie die Schweiz überhaupt gibt. Ein Land, in welchem sich die Leute selber regieren.» Etwas später vertritt er, die Schweiz verdanke ihre Existenz wesentlich «dem Zufall». Dass es die Schweiz gibt, beruht allerdings weniger auf Zufall und gar nicht auf den Eigenschaften, die der Autor wider gefestigte Erkenntnisse der Anthropologie unserer Gattung zuspricht. Die menschliche Gattung hat im Gegenteil gerade deshalb überlebt, da sich Individuen zusammentun und zusammenwirken konnten, schon immer.

### Ermutigendes

Während dies alles wie eine Art konzertiertes Ablenken vom Eigentlichen erscheint, heben sich einige ermutigende Stellungnahmen vorteilhaft ab. Sie sollen hier genannt werden. Im «Tages-Anzeiger» sieht Autor *Marius Huber* in seinem Leitartikel das Hauptproblem der faden 1. August-Feiern im Zustand der Vereinzelung der Bürger unter sich: «Wir werden ein Land von Narren, die einander nicht mehr zuhören wollen. Die lieber ungestört ihre Egopartys feiern. Das muss sich ändern.» (Huber, Marius. So lassen wir den 1. August lieber aus, «Tages-Anzeiger» vom 31.7.2021). Grossen Anteil an dieser Vereinzelung sieht er im Rückzug vieler auf reine Selbstbestätigungskreise, eine Erscheinung, bei der die Sozialen Medien eine Hauptrolle spielen. Als Abhilfe verspricht sich Huber viel von der zeitgleich zum 1. August lancierten neuen Initiative, welche die Schaffung eines generellen Dienstes an der Zivilgesellschaft fordert, für ihn ein möglicher «Ausweg aus dieser Sackgasse der Egozentrik». In einem Gastkommentar legt Historiker *Markus Somm* zu Recht das Hauptgewicht auf die

frühe Autonomie der entstehenden Eidgenossenschaft: «Im nun faktisch autonomen Uri herrschte von 1231 an die Landsgemeinde, alle Männer ab 14 Jahren waren stimm- und wahlberechtigt, und so wuchs hier in den Alpen ein neues politisches Gebilde heran, das nicht einzigartig war in Europa, aber doch selten: eine Art Republik, wo kein Fürst regierte, sondern die Landleute sich selbst.» (Somm, Markus. Die Schweiz hat ihren Reiz, Gastkommentar, *Tages-Anzeiger* vom 31.7.2021)

Auf den dadurch begünstigten Geist der Solidarität und des Ringens um gemeinsames Handeln legten auch verschiedene Bundesräte das Gewicht ihrer diesjährigen Ansprachen zum 1. August. Stellvertretend für sie sei hier Bundespräsident *Guy Parmelin* in seiner Rede auf dem Glacier 3000 inmitten der Waadtländer Alpen zitiert. Er kleidet die oft mühsam gewonnenen, aber tragfähigen Entscheide der Willensnation Schweiz ins Bild einer anspruchsvollen Bergbesteigung: «Die Schweiz hat ihren Erfolg klaren Entscheidungen zu verdanken. Nicht Vermutungen, Zufall, Arroganz oder Leichtsinns. Unser Land ist mit harter Arbeit, mit gegenseitiger Hilfe, mit Mut und Optimismus aufgebaut worden. [...] Wir stehen vor grossen gesundheitlichen, ökologischen, sozialen und geopolitischen Herausforderungen. Nur wenn wir uns als Team verstehen, in dem sich jeder für den anderen einsetzt, wird es unserem Land gelingen, diese Herausforderungen zu meistern. So wie eine Seilschaft hier in den Bergen, die einen Gipfel bezwingen will. [...] Lassen Sie uns Schritt für Schritt vorangehen – mit sicherem Fuss und im Vertrauen auf unsere Fähigkeiten.» ([www.admin.ch/reden-der-Bundesraete-zum-1.August](http://www.admin.ch/reden-der-Bundesraete-zum-1.August)). Dem ist nichts beizufügen. Parmelins Rückgrat, das er in Brüssel und danach bewiesen hat, steht ihm gut. Nicht nur am 1. August. •

# Schweiz ohne verfassungsmässige Armee im nächsten Krieg?

## Unverzichtbare Lehren aus dem Zweiten Weltkrieg

von Gottard Frick, Bottmingen\*



Gottard Frick  
(Bild zvg)

In der «Neuen Zürcher Zeitung» vom 30. Juli 2021 wird ausführlich über eine interessante, aber militärisch nur symbolische Widerstandsaktion gegen die deutschen Besatzer Norwegens im Zweiten Weltkrieg berichtet.<sup>1</sup> Was heute kaum noch bekannt ist: Fast

alle europäischen, sich damals neutral erklärenden Staaten wurden sofort von Nazi-Deutschland, Italien, aber auch von den Alliierten gewaltsam ihren Kriegsinteressen unterworfen, sofern sie keine starken Armeen hatten, die das hätten verhindern können. Viele kapitulierten innert Tagen.

Norwegen war von Topographie und Lage her noch besser für eine erfolgreiche Verteidigung geeignet als die Schweiz. Aber seine pazifistische Arbeiterpartei, die das Land regierte, wollte kein Geld für eine Armee ausgeben. Die Norweger bezahlten mit vier Jahren Krieg. (1940 umfassten die Streitkräfte Norwegens 30 000 Mann, die der Schweiz bei der Mobilmachung am 11. Mai 1940: 450 000 Mann plus 150 000 Hilfsdienstpflichtige.)

Die zahlreichen anderen überfallenen neutralen Länder wie das von einem sozialdemokratisch-landwirtschaftlichen Bündnis regierte Finnland hatten auch keine nennenswerten Armeen. Dessen Premierminister, *Aimoo Kaarlo Cajander*, hatte im August 1940 noch stolz verkündet, kein Geld für Waffen «verschwendet» zu haben, worauf eine mächtige Sowjetarmee im November 1940 Finnland überfiel. Der Premier trat sofort zurück. Von den 200 000 finnischen Soldaten (bei einer Bevölkerung von damals etwa 3 Mio.) waren viele nur mit ihren privaten Schusswaffen und Kleidern ausgerü-

stet. Sie hatten praktisch keine Luftunterstützung und schwere Waffen, leisteten auf Skiern in weissen Tarnanzügen im eiskalten Winter und unterstützt durch viel Schnee der Sowjetarmee fast vier Monate lang erfolgreich Widerstand. Diese erlitt katastrophale Verluste und musste von *Stalin* – statt nach seinen vorherigen «sozialistischen» – nach allgemeingültigen militärischen Prinzipien neu aufgebaut werden, bevor sie Finnland besiegte. Jeder finnische Soldat trug ein von der Regierung abgegebenes Kennzeichen, um ihn gemäss internationalen Abkommen als Soldaten anzuerkennen, auch wenn er nur seine Privatkleider trug (wie zum Beispiel die Mitglieder der Schweizer Ortswehren aus demselben Grund eine Armbinde mit Schweizerkreuz tragen mussten). Finnland war das einzige von der Sowjetunion besiegte Land, dass nicht in den Ostblock eingegliedert wurde. Hatte der Widerstand *Stalin* so beeindruckt?

Auch Griechenland hatte entschlossen gekämpft. Deshalb meinte *Churchill* nach dessen Kapitulation: «Von jetzt an werden wir nicht mehr sagen, dass Griechen wie Helden kämpfen, sondern Helden wie Griechen.» Warum? Am 28. Oktober 1940 morgens um 3.00 Uhr hatte der italienische Botschafter dem autoritären, politisch rechts stehenden Ministerpräsidenten *Ioannis Metaxas* ein Ultimatum unterbreitet, bei dessen Ablehnung Krieg sei. *Metaxas* lehnte ab («Ochi. Dann ist also Krieg.»). An Massendemonstrationen skandierten die Griechen noch am gleichen Tag nur «Ochi, ochi, ochi», «nein» zur Unterwerfung. Deshalb ist auch heute noch der 28. Oktober als «Ochi-Tag» ein griechischer Nationalfeiertag.

Eine grosse italienische Armee griff aus dem schon vorher besetzten Albanien an, wurde aber von der griechischen Armee bis weit nach Albanien hinein zurückgestossen und blieb dort stecken. *Mussolini* übernahm persönlich den Oberbefehl und griff am 9. März 1941 mit 17 Divisionen die dort kämpfenden 13 griechischen erneut an. Er scheiterte nach wenigen Tagen und stellte

den Angriff ein. Inzwischen hatte *Hitler* eine grosse Armee für den Angriff auf die Sowjetunion bereitgestellt. Aber er musste zuerst Italien helfen, das Problem Griechenland zu lösen. Er befahl der in Bulgarien bereitstehenden 12. Armee, am 6. April 1941 Griechenland von der anderen Seite her, über Thessaloniki, anzugreifen. Da Griechenland grosse Verbände von der Front an der albanischen Grenze abziehen musste, um die Wehrmacht zu bekämpfen, hatten auch Italiens Truppen Erfolg. Am 23. April 1941, nach insgesamt sechs Monaten erfolgreichen Widerstandes, musste Griechenland kapitulieren.

Heute ist kaum allgemein bekannt, dass es mit seinem langen Widerstand bei der Wehrmacht die erste katastrophale Niederlage auslöste. Wegen des nicht geplanten Einsatzes der für Russland vorgesehenen deutschen 12. Armee in Griechenland verzögerte sich der deutsche Angriff auf Russland um sechs Wochen. So stiess die Wehrmacht vor Moskau nicht nur auf zusätzliche, starke, gut ausgebildete, rasch aus Sibirien herangebrachte Truppen (700 000 Mann), sondern geriet voll in den russischen Winter (bei -35° Celsius), für den die Wehrmacht nicht vorbereitet war. Sie verlor wegen Kälte und Feindeinwirkungen 1 Mio. Mann und praktisch ihre ganze Ausrüstung (z. B. 2800 von insgesamt 3400 Panzern, 35 000 schwere Lastwagen usw. Allein in den Stellungen der Geschütze erfroren 100 000 Mann). Nur mit einer extremen Anstrengung konnte *Hitler* die Lage noch einigermaßen unter Kontrolle bringen.

### Nochmals zur Schweiz

Alle grösseren, in Europa eingesetzten Streitkräfte prüften damals einen Angriff auf unser Land, nicht nur Deutschland. Wie alle anderen kam auch das Oberkommando der so mächtigen, kriegserfahrenen US-Streitkräfte 1944 bei der Prüfung des von *Stalin* geforderten Angriffs aus Frankreich durch die Schweiz auf Deutschland zu einem negativen Schluss, den es mit folgenden Worten dem Oberbefehlshaber in Europa mitteilte: «Die Schwierigkeiten des Geländes und die anerkannten Fähig-

### Bundesverfassung Art. 58 Armee

- 1 Die Schweiz hat eine Armee. Diese ist grundsätzlich nach dem Milizprinzip organisiert.
- 2 Die Armee dient der Kriegsverhinderung und trägt bei zur Erhaltung des Friedens; sie verteidigt das Land und seine Bevölkerung. Sie unterstützt die zivilen Behörden bei der Abwehr schwerwiegender Bedrohungen der inneren Sicherheit und bei der Bewältigung anderer ausserordentlicher Lagen. Das Gesetz kann weitere Aufgaben vorsehen.
- 3 Der Einsatz der Armee ist Sache des Bundes.

keiten der kleinen, aber effizienten Schweizer Streitkräfte im Kampf auf ihrem eigenen Boden würden ein solches Projekt zweifelhaft («doubtful») machen.» (Telegramm vom 29. Dezember 1944 des US-Oberkommandos (Combined Chiefs of Staff, Washington) an General *Eisenhower* in Versailles)

Trotz des in der Bundesverfassung Art. 58 eindeutig definierten Zwecks der Schweizer Armee, d. h. die «Kriegsverhinderung», haben wir sie weitgehend zerschlagen. Im Gegensatz zum Zweiten Weltkrieg wird heute kein Generalstab bei der Prüfung eines Angriffs auf unser Land zum Schluss kommen, ein Erfolg sei «zweifelhaft», und so würden wir gleich zu Beginn eines durchaus möglichen grossen Krieges in Europa – mitten in der Nato liegend – sofort einbezogen. Vor einiger Zeit, bei einem freundschaftlichen Nachtessen in Beijing mit einem Kadermitarbeiter eines der grössten chinesischen Konzerne, fragte dieser den Verfasser ganz unvermittelt: «Warum hat das reichste Land der Welt seine Armee abgeschafft?» •

\* Economist & business administrator; dipl. Sciences Po & Sorbonne, Paris

<sup>1</sup> Nuspliger, Niklaus. «Geheimoperation «Shetland-Bus»». In: *Neue Zürcher Zeitung* vom 30.7.2021, S. 6

# «Horizon Europe» und Kohäsionsmilliarde sind zwei Paar Schuhe

## Schweizer Bundesrat hat viele Pläne B in der Tasche

von Dr. iur. Marianne Wüthrich

Ob mit oder ohne Rahmenabkommen: Die EU-Führungsetage versucht, die Schweiz immer wieder einmal unter Druck zu setzen, wenn sie etwas von uns will – nach echter Grossmacht-Manier eben. Aktuell geht es um das Forschungsprogramm «Horizon Europe»: Die Schweiz dürfe nur dann als Vollmitglied teilnehmen, wenn sie vorher die zugesagten 1,3 Milliarden Kohäsionszahlungen freigebe, heisst es in Brüssel. Etwas voreilig hat der Bundesrat die rasche Zahlung versprochen, wohl wissend, dass ihm das Parlament einen Strich durch die Rechnung machen könnte. Diesen Strich hat das Büro des Ständerrates nun gezogen, jedenfalls für die nächsten Monate. Das ist keine Katastrophe, denn der Schweizer Forschungsplatz gehört zu den weltbesten und kann auch ohne Abkommen an Horizon andocken. Die falsche Behauptung, der Bundesrat habe keinen Plan B zum Rahmenabkommen, wird auch durch häufige Wiederholung nicht weniger falsch: Der Bundesrat hat die Antwort längst gegeben: Er hat nicht einen, sondern viele Pläne B in der Tasche.

Jahrelang hiess es, eine Vollasoziiierung an «Horizon Europe» gebe es nur, wenn die Schweiz dem institutionellen Rahmenabkommen zustimme. Nachdem nun der Bundesrat das Abkommen versenkt hat, holt die EU flugs ein anderes Druckmittel aus der Schublade und akzeptiert damit stillschweigend das Begräbnis des Abkommens – offenbar ist es doch nicht so alternativlos! Jetzt verknüpft Brüssel den Zugang zu «Horizon Europe» mit der Zahlung der Kohäsionsmilliarden. Dabei würden die 1,3 Milliarden Franken, verteilt auf zehn Jahre, längst in den Geldtopf der EU fließen, wenn diese nicht wiederholt rechts- und vertragswidrige Strafmassnahmen gegen die Schweiz verhängt hätte. Das Parlament hat nämlich im Dezember 2019 die Gelder bewilligt, deren Auszahlung dann aber auf Eis gelegt, als Reaktion auf die Nichtanerkennung der Schweizer Börse durch die EU – ebenfalls ein Druckmittel aus Brüssel, um den Rahmenvertrag zu erzwingen.

### Auch als «nicht-assoziierter Drittstaat» ein attraktiver Forschungsplatz

Allen Unkenrufen der EU-Turbos zum Trotz ist der Schweizer Forschungsplatz offensichtlich nicht in Gefahr, obwohl die EU-Kommission (EC) am 12. Juli mitgeteilt hat, «dass die Schweiz für alle Ausschreibungen im Jahr 2021 den Status eines nicht-assozierten Drittstaates innehat».<sup>1</sup> Das aufgeregte Rauschen im Blätterwald und in manchen Hochschulen ob dieser

### Unterstützung der Berufsbildung in den neueren EU-Staaten steht der Schweiz gut an

mw. Von der Sache her wäre es wünschenswert, die Kohäsionsgelder bald freizugeben – selbstverständlich ohne Druck aus Brüssel! – denn sie sind für einen sinnvollen Zweck vorgesehen. Sie sollen grösstenteils für Berufsbildungsprojekte in den neuen EU-Staaten Bulgarien, Estland, Kroatien, Litauen, Lettland, Malta, Polen, Rumänien, Slowakei, Slowenien, Tschechische Republik, Ungarn und Zypern verwendet werden. Für die Jugend in diesen Ländern wäre die Unterstützung durch die in der Berufsbildung kundige Schweiz eine Wohltat, besonders in den schwierigen Zeiten der Pandemie. Gemäss dem Eidgenössischen Departement für

auswärtige Angelegenheiten EDA entscheidet die Schweiz autonom über die zu unterstützenden Projekte: «Die Schweiz begleitet den Projektauswahlprozess im Partnerland, prüft die Ausschreibungen und überwacht die Projektumsetzung.»

Mit einem baldigen Beginn der Projekte kann die Schweiz zwei Ziele erreichen: Sie nimmt ihre Verpflichtung als neutrales und wohlhabendes Land gegenüber den weniger begünstigten Menschen dieser Welt wahr, und sie schafft sich Freunde innerhalb der EU.

Quelle: <https://www.eda.admin.ch/erweiterungsbeitrag/de/home.html>

Nachricht wirkt etwas künstlich, hatte doch die EU-Kommission diesen Entscheid schon seit längerem angedroht, und die Schweiz konnte sich bestens darauf vorbereiten.

Jedenfalls kommentiert das Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI) die Mitteilung aus Brüssel völlig unaufgeregt: «Auch in diesem Modus können sich Forschende in der Schweiz an «Horizon Europe» und damit verbundenen Programmen und Initiativen beteiligen und sich für die ihnen offenstehenden Programmteile und Förderinstrumente bewerben. Sie erhalten aber in der Regel keine Finanzierung ihrer Projektkosten seitens EC. Überall dort, wo eine Teilnahme möglich ist, erfolgt in diesem Fall die Finanzierung durch das SBFI. Das Parlament hat die Finanzierung der Schweizer Beteiligung am Horizon-Paket im Umfang von 6,15 Mrd. [!] CHF sowie die Möglichkeit einer direkten Finanzierung von Forschenden in der Schweiz bereits beschlossen.»<sup>2</sup> Also alles paletti!

Nicht sehr überzeugend äussert ETH-Ratspräsident Michael Hengartner seine Befürchtungen im Interview mit dem «Tages-Anzeiger»: «In der EU ist zwar bekannt, dass wir hervorragende Forscherinnen und Forscher haben, die einen Mehrwert bieten. Doch was bringt der Mehrwert, wenn es danach Probleme mit Brüssel gibt? Es ist für alle komplizierter, und wir als Partner sind weniger attraktiv geworden.» Michael Hengartner befürchtet, talentierte junge Leute könnten künftig «ein stabileres Umfeld bevorzugen».<sup>3</sup>

Dass der selbst organisierte Umgang mit dem Bürokratiedschungel in Brüssel komplizierter sein könnte, stimmt vermutlich schon. Aber damit hat ja das Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation

(SBFI) nach dem Ausschluss der Schweiz aus dem Studentenaustauschprogramm «Erasmus plus» (als vertragswidrige «Strafe» für das Ja der Schweizer zur Masseneinwanderungsinitiative 2014) bereits seine Erfahrungen gesammelt. Die Schweiz hat den Studentenaustausch selbst organisiert, dieser ist nach kurzer Zeit bestens gelaufen – und wir haben ausserdem noch Geld gespart!

Warum also sollten die Schweizer Hochschulen mit einer selbst organisierten Forschungszusammenarbeit «weniger attraktiv» sein? Für die Eidgenössische Technische Hochschule (ETH) ganz besonders ist hier ein Fragezeichen zu setzen: Sie ist eine der besten Hochschulen der Welt (gemäss QS World University Ranking 2020 nimmt sie den 6. Rang weltweit und den 1. in Kontinentaleuropa ein<sup>4</sup>). Wo denn sollen die jungen Leute aus dem EU-Raum ein «stabileres Umfeld» finden als in der Schweiz? Die Zuwanderung an die Schweizer Hochschulen hat seit dem Personalfreizügigkeitsabkommen mit der EU stark zugenommen, ein beträchtlicher Teil der Dozenten und Studenten kommt aus dem Ausland. Es ist nicht anzunehmen, dass sich dies wegen der fehlenden Voll-Assoziierung an «Horizon Europe» ändern wird.

### «Wir lassen uns im Ständerat nicht drängen»

Bundespräsident Guy Parmelin wies bereits im Mai darauf hin, dass die EU selbst ein vitales Interesse an der Forschungs-Zusammenarbeit und am Handel mit der Schweiz hat: «Sollte die EU der Schweiz etwa die Teilnahme am Forschungsprogramm Horizon verweigern, dann schwäche das den ganzen Forschungsstandort Europa gegenüber Asien

oder den USA. Nadelstiche brächten niemandem etwas.» Deshalb werde der Bundesrat auch nicht mit Gegenmassnahmen auf allfällige Strafaktionen der EU reagieren: «Solche Spielchen passen nicht zu unserer Politik. Wir arbeiten für das Interesse unserer Bürgerinnen und Bürger, das ja oft auch dem Interesse der Bevölkerung in der EU entspricht.»<sup>5</sup>

Es ist sicher vernünftig, dass der Bundesrat auf eine «Retourkutsche» verzichtet – aber dass er als Reaktion auf einen Nadelstich der eher gröberen Sorte gleich ein Geschenk anbietet, nämlich die rasche Zahlung der zweiten Kohäsionsmilliarde, ist schon ein wenig übertrieben. Zudem macht der Bundesrat wieder einmal den Fehler, etwas zu versprechen, was gar nicht in seiner Kompetenz liegt.

Denn zuständig für die Aufhebung der Blockade ist das Parlament. Der Nationalrat wird in der Herbstsession die Freigabe der «Kohäsionsmilliarde» beraten, der Ständerat dann in der Winteression. Nun drängt aber der Bundesrat die beiden Räte, die Vorlage im Dringlichkeitsverfahren zu behandeln, also innerhalb der dreiwöchigen Herbstsession zu einer Einigung zu kommen. Dagegen wehrt sich Ständeratspräsident Alex Kuprecht. Er leitet das fünfköpfige Büro des Ständerates, das zuständig ist für die Erstellung der Sessionsprogramme. Es hat sich gegen ein dringliches Verfahren ausgesprochen. Denn im Schweizer Zweikammersystem gilt die Regel, dass die Geschäfte pro Session nur in einem der Räte behandelt werden, in der nächsten Session dann im zweiten Rat. Dieses Vorgehen sei «Teil der seriösen Gesetzgebung», so Ständeratspräsident Alex Kuprecht. «Wir lassen uns im Ständerat nicht drängen», denn bei einer so wesentlichen Frage brauche es eine fundierte Diskussion.<sup>6</sup>

Recht hat der Ständerat, dass er sich vom Bundesrat nicht in seine Angelegenheiten dreinreden lässt!

<sup>1</sup> Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI). «Horizon Europe»: Schweiz derzeit Drittstaat. Medienmitteilung vom 14.7.2021

<sup>2</sup> Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI). «Horizon Europe»: Schweiz derzeit Drittstaat. Medienmitteilung vom 14.7.2021

<sup>3</sup> Sturzenegger, Martin. «ETH zu Ausschluss von Horizon – Besteht das Risiko, dass die ETH ihre besten Köpfe verliert? Ja». Interview mit ETH-Ratspräsident Michael Hengartner. In: Tages-Anzeiger vom 15.7.2021

<sup>4</sup> Staub, Norbert. «Etabliert an der Spitze». Mitteilung der ETH Zürich vom 10.6.2020

<sup>5</sup> «Beziehung Schweiz und EU. Parmelin: Bundesrat will keine Spielchen». SRF News vom 30.5.2021

<sup>6</sup> Burckhardt, Philipp. «Zahlungen an EU-Staaten. Kohäsionsmilliarde: Der Ständerat hat es nicht eilig». SRF News vom 3.8.2021

## Russisch-amerikanische Abrüstungsgespräche als Hoffnung für den Weltfrieden

mw. Bereits wenige Wochen nach dem Gipfeltreffen der beiden Präsidenten Joe Biden und Wladimir Putin am 16. Juni 2021 in Genf begannen hochrangige Vertreter Russlands und der USA mit dem dort vereinbarten Dialog über die atomare Abrüstung, ebenfalls in Genf. Beim Treffen vom 28. Juli wurde die russische Delegation von Vizeausserminister Sergej Rjabkow geleitet, die amerikanische von der stellvertretenden Aussenministerin (Deputy Secretary of State) Wendy Sherman. Schon Ende September sollen die Gespräche fortgesetzt werden.

### «Es ist der Versuch, ein neues Zeichen zu setzen»

In den Stellungnahmen der beiden Staaten wie auch vieler Medien ist man sich einig: Dass Russen und Amerikaner sich nach Jahren überhaupt wieder an einen Tisch setzen und miteinander ins Gespräch kommen, ist ein wichtiger erster Schritt zur dringend notwendigen Entspannung zwischen den Grossmächten.

«Die Regierungen beider Länder werteten das Treffen als vielversprechendes Zeichen für die globale Sicherheit. Ned Price, Sprecher des US-Aussenministeriums, ordnete es als Startpunkt des vereinbarten Dialogs ein. [...] «Die Gespräche in Genf waren professionell und sachlich», sagte er. [...] Laut

Kreml-Sprecher Dmitri Peskow war es ein positives Signal, dass Experten beider Länder zusammengelassen sind. «Wir hoffen, dass es uns im Zuge der Kontakte zumindest gelingt, ausgiebiger die jeweilige Position vorzubringen», sagte er.»<sup>1</sup>

Einige weitere Medienstimmen: Das Treffen «gilt als wichtiges Signal für die globale Sicherheit. Es sollen Themen für künftige Verhandlungen abgesteckt werden».<sup>2</sup> «Es handelt sich um einen kleinen, aber in seiner Bedeutung für die internationale Sicherheit nicht zu unterschätzenden Erfolg.»<sup>3</sup> «Es ist der Versuch, ein neues Zeichen zu setzen.»<sup>4</sup>

### Konfliktparteien an einen Tisch bringen: die Guten Dienste der Schweiz

Wie die Medien richtig festhalten, hatte das Arbeitstreffen vom 28. Juli erst einmal zum Ziel, sich miteinander an den Tisch zu setzen und auf gleicher Augenhöhe ins Gespräch zu kommen. Aufgabe der neutralen Schweiz ist es, diesen «Tisch» zur Verfügung zu stellen und eine Atmosphäre zu schaffen, in der eine schrittweise Annäherung möglich wird. Dazu der Bundesrat in einem Bericht über die Guten Dienste: «Die Schweiz, in ihrer Rolle als Gastgeberin, garantiert Sicherheit, Ruhe und Diskretion für sensible Verhandlungen. Sie verfügt über die notwendige Infrastruk-

tur, um solche Anlässe zu organisieren und zu beherbergen. Das positive Umfeld hilft den Parteien in Friedensverhandlungen, Lösungen näherzukommen.»<sup>5</sup> Dieses positive Umfeld ist nicht nur in Friedensverhandlungen wichtig, wie das russisch-amerikanische Gipfeltreffen vom Juni belegt: Sein positives Ergebnis ist der rasche Beginn der aktuellen Abrüstungsgespräche.

Der Schweizer Bundesrat und seine Diplomaten werden ihr Bestes geben, damit dieser Dialog weitergeht. Um zu konkreten Ergebnissen zu kommen, braucht es jedoch nicht nur weitere Verhandlungsrunden, sondern vor allem auch den politischen Willen auf beiden Seiten. Die Entscheidungsträger der Grossmächte dieser Welt (und ihre Hintermänner) tragen die Verantwortung dafür, ihre übervollen Waffenarsenale abzubauen und die Schrecken des Krieges zu beenden. Ein Stück weit in diese Richtung geht die gemeinsame Erklärung der beiden Präsidenten Joe Biden und Wladimir Putin anlässlich des Gipfeltreffens vom 16. Juni: Sie waren sich einig, dass ein Atomkrieg nicht gewonnen werden kann. Der russische Präsident fügte hinzu: «Die Vereinigten Staaten von Amerika und die Russische Föderation tragen eine besondere Verantwortung für die strategische Stabilität in der Welt, zumindest ausgehend davon, dass wir

die beiden grössten Atommächte sind.» Angesichts der Tatsache, dass auf unserem Erdball Tausende von nuklearen Sprengköpfen gelagert werden, von denen ein Bruchteil genügen würde, um die ganze Menschheit – samt der übrigen Natur – auszurotten, kann man nur hoffen, dass die Atommächte (nicht nur die USA und Russland) dieser Verantwortung baldmöglichst gerecht werden.

Die Schweiz ist mit ihren Guten Diensten bereit, jegliche Anstrengungen in Richtung Frieden aktiv zu begleiten.

<sup>1</sup> «Russland und USA nehmen Gespräche über Abrüstung auf». In: Zeit online (dpa, Reuters, iso) vom 28.7.2021

<sup>2</sup> «Abrüstungsgespräche: USA und Russland verhandeln in Genf». News@ORF.at vom 27. Juli 2021

<sup>3</sup> Kireev, Maxim. «Nach einer Serie von Entspannungsgesten führen die USA und Russland Gespräche in Genf.» In: Neue Zürcher Zeitung vom 28.7.2021

<sup>4</sup> «Abrüstungsgespräche zwischen USA und Russland: Ein neues Zeichen». Interview mit Matthias Dembinski von der Hessischen Stiftung für Friedensforschung. ARD Inforadio vom 28.7.2021

<sup>5</sup> «Der Bundesrat verabschiedet einen Bericht über die Guten Dienste der Schweiz». Medienmitteilung vom 14.12.2018 (siehe auch «Gute Dienste und humanitäre Hilfe des IKRK: Die Friedensaufgaben der neutralen Schweiz in einer Welt von Krieg und Gewalt». In: Zeit-Fragen Nr. 24 vom 5.11.2019)

# Deutschland steht Kopf

## Über die Folgen des Glaubwürdigkeitsverlustes deutscher Politik

von Karl-Jürgen Müller

Deutschland hat sich sehr verändert. Sinnbildlich dafür stehen zwei Ereignisse in Berlin und die öffentlichen Reaktionen darauf: die genehmigte LGBT-Demonstration zum *Christopher Street Day* am 24. Juli und die verbotene Demonstration der «Querdenker» am 1. August 2021.

Ein paar Auszüge aus Medienberichten machen dies deutlich. So heisst es zur Demonstration am 24. Juli:

### Als «Regenbogenhauptstadt Europas» für LGBT ...

«Unter den Teilnehmern [der Demonstration zum *Christopher Street Day*] war auch Kultursenator *Klaus Lederer* (Die Linke). Berlins Regierender Bürgermeister *Michael Müller* (SPD) hatte zuvor zur Solidarität mit verfolgten Schwulen, Lesben und Transgendern aufgerufen. Zwar sei das heutige Berlin «weltoffen und liberal», jedoch sei auch in der «Regenbogenhauptstadt Europas» homophobes Denken und Handeln ein Problem, erklärte Müller. «Dem müssen wir uns gemeinsam entgegenstellen.» (*Deutsche Welle* vom 24.7.2021)

«65 000 Leute bei Parade – grösste Demo in der Corona-Krise. Die Parade zum *Christopher Street Day* war grösser als erwartet. Politisch war sie auch: Senator *Lederer* will Berlin zur «queeren Freiheitszone» machen.» («*Der Tagesspiegel*» vom 25.7.2021)

### ... und gegen «Querdenker» mit «ihrem sektenähnlichen Verhalten»

Die Demonstration am 1. August war hingegen zuvor von der Polizei wegen zu erwartender Missachtung der Corona-Hygienevorschriften verboten worden. Zwei Berliner Verwaltungsgerichte hatten das Verbot bestätigt. Die Veranstalter, «*Querdenken 711*» aus Stuttgart, zogen sich daraufhin offiziell als Veranstalter zurück, riefen aber gleichzeitig die Teilnehmer dazu auf, sich nicht die «Freiheit» nehmen zu lassen. So versuchten ein paar tausend Menschen einen unorganisierten Marsch durch Berlin. Als die Polizei dies verhindern wollte, kam es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen mit Verletzten auf beiden Seiten und mehr als 500 Festnahmen. In den Medien war zu lesen:

«Die Bundesregierung hat mit Besorgnis auf die teils gewalttätigen Proteste aus der *Querdenken*-Szene am Sonntag in Berlin reagiert. Es habe dabei auch «Angriffe auf Personen aus dem Protestgeschehen heraus» gegeben, sagte Vizeregierungssprecherin *Ulrike Demmer* und fügte hinzu: «Das nimmt die Bundesregierung mit grosser Besorgnis wahr.» Für Gewalt und Provokation sei ebenso wenig Platz wie «für rechtsextremistisches Gedankengut, für Verschwörungsmethoden, egal von welcher Seite diese kommen.» (*Zeit online* vom 2.8.2021)

«Es geht nicht, dass diese Leute mit ihrem sektenähnlichen Verhalten Berlin als Fussabtreter benutzen, um ihre hässlichen Bilder in die Öffentlichkeit zu posaunen», sagte *Tom Schreiber*, verfassungspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus.» («*Berliner Morgenpost*» vom 3.8.2021)

### Fragezeichen

Nun könnte man sagen, die Sache sei klar: Selbstverständlich sollen die friedlichen LGBT-Demonstranten ihr Verfassungsrecht auf Demonstrationsfreiheit wahrnehmen können. Wenn aber eine Demonstration verboten wurde, dann muss die Polizei das Verbot mit den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln durchsetzen.

Aber ist die Sache wirklich so klar? Zwei weitere Medienauszüge lassen bei der Antwort zögern:

«Die Leipziger Strasse ist total verstopft. Keine Chance, 1,5 Meter Abstand zu halten. Ich fühle mich gerade ziemlich unwohl hier, auch weil nicht alle Leute Masken tragen. Auf meine Frage an eine Gruppe junger Leute, warum nicht, kommt mit einem breiten Grinsen die Antwort: «Weil wir auf die Polizei scheissen.» Offenbar aber auch auf die Gesundheit der Community.» (*Twitter*-Nachricht der «*Tagesspiegel*»-Redakteurin *Nadine*

«Gemeinwohl verwirklichen ohne oder gar gegen den Staat, das geht nicht. Eine gemeinwohlorientierte Politik ist auch nicht möglich, wenn die Bürger allein auf umfassende Kontrolle staatlichen Handelns setzen. Denn ohne einen Grundstock an Vertrauen der Bürger in die Staatsorgane und ihre Amtsinhaber kann eine Demokratie nicht funktionieren. Der Grundsatz «Treu und Glauben» ist unverzichtbar. Weicht das begründete Grundvertrauen und macht sich immer mehr Misstrauen breit, so wird ein Land allmählich unregierbar, und die extremen Folgen können Anarchie und/oder Diktatur sein. Anders formuliert: Das Gemeinwohl leidet.»

*Lange* vom 24.7.2021 zur Demonstration am *Christopher Street Day*)

«Wenn [...] Kritiker der Corona-Massnahmen auf Demos zuletzt keine Masken trugen, war der Aufschrei immer gross: Wie unsolidarisch und egoistisch diese Menschen doch seien. Als nun am Wochenende unter Zehntausenden auf dem *Christopher Street Day* (CSD) in Berlin [...] viele die Maskenpflicht ignorierten, blieben die gleichen Schreihälse plötzlich mehrheitlich stumm.» («*Die Welt*» vom 26.7.2021)

### Einflussreiche Minderheit ...

Wer waren die Teilnehmer der LGBT-Demonstration? Eine sehr kleine, aber in Deutschland mittlerweile sehr einflussreiche Minderheit, deren Forderungen von der Politik weitgehend erfüllt werden.

### ... und grosses Misstrauen

Wer waren die Teilnehmer der «*Querdenker*»-Demonstration? Die Antwort auf diese Frage ist nicht einfach. Wohl auch eine Minderheit. Aber die zur Verfügung

«Während die Deutschen mit «*Querdenkern*», LGBT usw. beschäftigt sind, wird der Kurs einer aggressiven Aussenpolitik (am Bürger vorbei) unbeirrt fortgesetzt.»

stehenden Bilder zeigen keine Menschen, von denen bislang Gewalt ausgegangen war. Die Menschen sehen eher aus wie unsere Nachbarn, Frauen und Männer aller Altersgruppen, auch Eltern mit ihren Kindern, nicht verwerflich, auch nicht so, wie man sich Extremisten vorstellt, eher «normal» ... und wo sie in den Medien zu Wort kommen konnten, wirken sie eher aufgeregt und aufgebracht, nicht wie gewohnheitsmässige Krawallmacher oder extremistische Schlägertrupps. Was diese Demonstranten eint: Die Ablehnung der staatlichen Grundrechtseinschränkungen wegen der Corona-Pandemie. Sie wollen sich nicht impfen lassen. Sie verneinen, dass sie damit nicht nur sich, sondern auch andere gefährden. Sie haben die fast unumstössliche Überzeugung, die staatlichen Massnahmen seien sachlich nicht gerechtfertigt, sondern nur ein – weiterer – Schritt hin zu einer Entrechtung der Bürger in Deutschland. Sie misstrauen mittlerweile vermutlich allem, was der deutsche Staat tut.

Wie ist das zu erklären, dass ganz «normale» Bürger des Landes mittlerweile so denken – und handeln?

### Auch in Deutschland vor allem «House of Cards»?

*km*. Ein Artikel der «*Neuen Zürcher Zeitung*» vom 5. August 2021 mit dem Titel «Die nötige Zähmung der Politiker» beginnt mit einem Blick auf die US-amerikanische Netflix-Serie «*House of Cards*». Sie erzählt die Geschichte des amerikanischen Politikers *Frank Underwood*. Dieser, so heisst es in der Zeitung, «kennt keine Skrupel. Um ins Amt des amerikanischen Präsidenten vorzustoßen, schreckt er nicht vor Heuchelei, Intrigen, Lügen und sogar Verbrechen zurück. Wofür *Underwood* politisch steht, wird während der ganzen Serie

### Alles nur Verschwörungstheorie? ...

Die einfache Antwort ist: Vollgestopft mit – rechtsextremistischen – Verschwörungstheorien, haben sich diese Menschen radikalisiert und werden nun mehr und mehr zu Extremisten. Das ist die amtliche Lesart. Dass der deutsche Verfassungsschutz die «*Querdenker*»-Bewegung zum Beobachtungsobjekt gemacht hat, ist aus einer solchen Sicht nur konsequent.

Aber ist die Antwort wirklich so einfach?

Welche Erfahrungen konnten die Menschen in Deutschland in den vergangenen Jahrzehnten mit der deutschen Politik machen? Es gibt das Sprichwort: «Wer einmal lügt, dem glaubt man nicht, und wenn er auch die Wahrheit spricht.» Schaut man bei *Wiktionary*, dem Wörterbuch von *Wikipedia*, nach, so heisst es dort zur Bedeutung dieses Spruches: «Eine Lüge kann die Glaubwürdigkeit dauerhaft zerstören.» Und als Beispiel wird angeführt: «Wer einmal lügt, dem glaubt man nicht, und wenn er auch die Wahrheit spricht. Das gilt auch und vor allem für Politiker.»

### ... oder auch

#### der Preis der reinen Machtpolitik?

Zeigt sich nun der hohe Preis eines machiavellistischen Machtstrebens auch in der deutschen Politik? Die bewusste Abkehr von der Orientierung an einer vom Gemeinwohl her gedachten politischen Ethik und die Hinwendung zum Prinzip, dass der Zweck alle Mittel heiligt, konnte nicht verborgen bleiben. Wie oft ist mittlerweile bekanntgeworden, dass es viele Politiker, auch in Deutschland, mit der Wahrheit nicht so genau nehmen. Dass sie hohe Ideale wie Freiheit, Recht und Demokratie predigen, in Tat und Wahrheit aber knallhart die Ziele von – sehr einflussreichen – Minderheiten durchzusetzen versuchen.

### Ein lesenswertes Buch

Wo dies öffentlich geworden ist und weiterhin wird, reagieren die politisch Verantwortlichen fast immer mit Abwehrreflexen. Der bekannteste davon ist der Gegenruf: Verschwörungstheorie. Dass dem tatsächlich nicht so ist, zeigen die mutigen Persönlichkeiten, die sich um die Wahrheit verdient gemacht haben. Hier nur ein Beispiel, weil ich

dieses Buch gerade lese. Geschrieben hat es *Hubert Seipel*. Er war Redakteur und Auslandskorrespondent für *Stern* und *Spiegel*, wechselte in den neunziger Jahren zum öffentlich-rechtlichen Fernsehen. Für seine mehr als 40 Filme wurde er zweimal mit dem *Deutschen Fernsehpreis* ausgezeichnet, ausserdem mit dem *Helmut-Schmidt-Journalisten-Preis* und dem *Adolf-Grimme-Preis*. Sein im Frühjahr 2021 erschienenes Buch hat den Titel «*Putins Macht*. Warum Europa Russland braucht». Der Titel ist missverständlich; denn im Buch geht es vor allem um die nun schon 20 Jahre anhaltende Kampagne gegen die Politik des russischen Präsidenten und zwischenzeitlich Ministerpräsidenten. Eine Kampagne, die, so legt *Hubert Seipel* mit sehr vielen Beispielen und Belegen dar, kaum etwas mit der Wahrheit, viel aber mit geopolitischen Machtinteressen der USA und ihrer Verbündeten zu tun hat.

Noch ist es so, dass nicht nur die Pressemitteilungen der Regierungen, sondern auch solche Bücher erhältlich sind – und auch gelesen werden.

«Wer einmal lügt, dem glaubt man nicht, und wenn er auch die Wahrheit spricht. Das gilt auch und vor allem für Politiker.» So erstaunlich ist es also nicht, dass Menschen Misstrauen haben, wenn deutsche Politiker für irgend etwas die Werbetrommel rühren. Und auf den ersten Blick möchte man fast sagen: Wenn es um wirklich Wichtiges geht, sollten Politiker vielleicht besser schweigen – weil ihr Reden kontraindiziert ist.

### Was das Gemeinwohl fordern würde ...

Aber das kann keine Lösung sein. Gemeinwohl verwirklichen ohne oder gar gegen den Staat, das geht nicht. Eine gemeinwohlorientierte Politik ist auch nicht möglich, wenn die Bürger allein auf umfassende Kontrolle staatlichen Handelns setzen. Denn ohne einen Grundstock an Vertrauen der Bürger in die Staatsorgane und ihre Amtsinhaber kann eine Demokratie nicht funktionieren. Der Grundsatz «Treu und Glauben» ist unverzichtbar. Weicht das begründete Grundvertrauen und macht sich immer mehr Misstrauen breit, so wird ein Land allmählich unregierbar, und die extremen Folgen können Anarchie und/oder Diktatur sein. Anders formuliert: Das Gemeinwohl leidet.

Sprüche haben bekanntlich nur eine begrenzte Gültigkeit. Lügen können verblasen, wenn Einsicht und Wandlung deutlich erkennbar werden. Die meisten Menschen sind gar nicht so nachtragend, wenn sie erkennen, dass sich die Politik tatsächlich ändert. Ob Deutschlands Politiker dazu bereit sind? Ein neuer Bundestag mit neuen Abgeordneten und eine neue Regierung könnten eine Hilfe sein, den Schritt zu tun. Wenn es denn ein Einsehen und den Willen dazu gibt.

### ... und die real existierende deutsche Politik

Aber noch sind die Verantwortlichen in Deutschland weit entfernt davon. Insbesondere in der Aussen- und Verteidigungspolitik steht Deutschland schon seit Jahren Kopf. Während die Deutschen mit «*Querdenkern*», LGBT usw. beschäftigt sind, wird der Kurs einer aggressiven Aussenpolitik (am Bürger vorbei) unbeirrt fortgesetzt. Am 2. August 2021 schickte *Annegret Kramp-Karrenbauer* die Fregatte «*Bayern*» der Bundesmarine in den indo-pazifischen Raum. Die Ministerin sagte: «Die Botschaft ist klar: Wir zeigen für unsere Werte und Interessen Flagge, gemeinsam mit unseren Partnern und Verbündeten!» Das deutsche Kriegsschiff soll im südchinesischen Meer die «Freiheit der Meere» verteidigen. So wie einst die «Freiheit am Hindukusch» verteidigt werden sollte? Aber der neue Einsatz richtet sich nicht mehr gegen eine Taliban-Regierung in Kabul, sondern ganz offensichtlich gegen die Regierung einer Grossmacht mit der Hauptstadt Peking. Fast wortgleich mit dem US-Präsidenten sagte die Ministerin: «Ich sehe das so: Wir arbeiten mit China zusammen, wo wir können, und wir halten dagegen, wo wir müssen.» Noch kein Happy-End also. •

# Die Globalisierung hat eben auch Nachteile

von Prof. Dr. Eberhard Hamer, Mittelstandsinstitut Niedersachsen e.V.



Eberhard Hamer  
(Bild zvg)

erklärte (Davos).

Die Wirtschaftswissenschaft hat die Globalisierung als weitere Entwicklungsstufe von der Hauswirtschaft über die Stadtwirtschaft, die Regionalwirtschaft, die nationale Volkswirtschaft über supranationale Wirtschaftsräume (EU) zur Weltwirtschaft gesehen.<sup>1</sup>

## Nicht nur eine ökonomische Dimension

Die Globalisierung hat aber nicht nur eine ökonomische Dimension, sondern es gibt sie auch technologisch, politisch, gesellschaftlich, kulturell und militärisch. Wesentlich dazu beigetragen haben z. B. die technologischen Entwicklungen der Luftfahrt, der Telekommunikation, der neuen Medien (Internet) und der Digitalisierung. Von ihnen ging schon lange die Idee der «einen Welt» aus.

Inzwischen gibt es eine Fülle von internationalen Organisationen, welche sich wie Uno, Nato, IWF, GATT, ILO, Weltbank u. a. eine Kompetenz für die ganze Welt anmassen, die Souveränitäten und Kompetenzen der Menschen und der Staaten in der Hand weniger, global herrschender Kräfte zentralisieren wollen.

Dazu wurden die «vier grossen Freiheiten» verkündet: globale Freiheit des Kapitals, der Produktion, der Arbeitskräfte und der Dienstleistungen.

## Vor allem die Freiheit des Kapitals

Vor allem mit der Freiheit des Kapitals wollten die grossen internationalen Konzerne und Banken die nationalen Grenzen, Rechtssysteme und Steuersysteme überspringen, um in Steuer- und Rechtsstaaten der Welt unbegrenzte Finanz- und Steuerfreiheit zu geniessen. Zurück blieben die national gebundenen mittelständischen Betriebe, welche die Steuer- und Sozialausfälle der Konzerne und Banken mit übernehmen mussten, also entsprechend höher ausgebeutet wurden.

Auch die Produktion der internationalen Konzerne wurde international dorthin verlegt, wo am wenigsten Regulation und Steuer und die billigsten Löhne waren, also an den billigsten Produktionsstandorten. Damit konnten die Konzerne aus globaler Billigproduktion billiger verkaufen als der mit national teureren Produktionsfaktoren arbeitende bodenständige Mittelstand und letzteren auskonkurrieren.

Ebenso wurden Dienstleistungen der internationalen Banken und Konzerne dorthin verlegt, wo dies am billigsten (z. B. Abrechnungen in Indien), wo dies politisch befohlen (z. B. Abrechnung der Telekom in Israel) oder wo dies aus militärischen oder Spionagegründen (Cloud-Konzentration aus Europa in den USA) zweckmässig erschien.

## Kritikwürdige Freizügigkeit der Arbeitskräfte

In den letzten Jahrzehnten war besonders die von den Konzernen verlangte Freizügigkeit der Arbeitskräfte umstritten. Die internationalen Konzerne wollten die jeweils billigsten Arbeitskräfte für ihre Massenproduktion oder -dienstleistung global anwerben, der Mittelstand wies dagegen darauf hin, dass er mit ausgebildeten Fachkräften und hohen nationalen Steuer- und Sozialkosten Individualproduktion und -dienstleistungen zu erbringen habe, deshalb durch die Migration nicht entlastet, sondern mit Sozialkosten zusätzlich belastet würde.

Der Kampf für Globalisierung, dann für Diversifizierung, Multi-Kulti und Genderideologie wurde von den USA für alle ihre «Kolonien», insbesondere für Europa, gefordert, und es wurde eine globale Einheitskultur

Seit Ende des vorherigen Jahrhunderts wurde «Globalisierung» von Wissenschaft, Publizistik und Konzernen als grosser Entwicklungsfortschritt gefeiert, und auf «Weltwirtschaftsgipfeln» wurden die Kritiker der Globalisierung sogar «wie der internationale Terrorismus zu einem Weltproblem» erklärt (Davos).

«Bisher steht fest, dass die Globalisierung der grosse Vorteil für die internationalen Konzerne, Banken und Organisationen ist, aber überwiegend Nachteil für den selbständigen, den angestellten Mittelstand und die Unterschicht. Ob die Globalisierung insgesamt zum Verhängnis für unseren Wohlstand wird, dürfte der aus der Welt-Schuldenspirale sich entwickelnde grösste Weltwirtschafts-crash in Kürze zeigen.»

vorgegeben, die es heute z. B. nicht mehr erlaubt, unterschiedliche Völker, Kulturen oder Religionen überhaupt zu erwähnen, ohne in die Gefahr zu geraten, ins globale Abseits gestossen zu werden. Entsprechend wurden die Souveränitätsrechte und Kompetenzen der Nationalstaaten abgebaut und in Zwischenstationen (EU, Nato) gesammelt. Die Globalisierung scheint sich weiter durchzusetzen. Man darf allerdings deren Hinterkräfte des internationalen Grosskapitals (*Gates, Soros, Bezos, Zuckerberg, Rothschild* u. a.) nicht nennen, ohne als «Verschwörungstheoretiker» ins gesellschaftliche Abseits gestellt zu werden.

## Die Verlierer der Globalisierung

Schon 2005 hat die Mittelstandsforschung in Hannover<sup>2</sup> in vielen Einzeluntersuchungen<sup>3</sup> herausgearbeitet, dass es bei der Globalisierung nicht nur Gewinner, sondern auch Verlierer gibt.<sup>4</sup> «Ebenso wie unter den Unternehmen Hochfinanz und Konzerne die grossen Gewinner der Globalisierung, die mittelständischen Personalunternehmen aber die Verlierer dieser Entwicklung sind, gilt auch für die gesellschaftlichen Gruppen, dass den grössten Vorteil von der Globalisierung die kleine Oberschicht der Reichen hat. Nur sie können die globalen Freiheiten für sich selbst weitgehend nutzen.»<sup>5</sup> Dagegen sind mittelständische Unternehmer und der angestellte Mittelstand ortsgebunden, können ihre Tätigkeiten nicht international verlagern, weil ein mittelständisches Unternehmen nur in Anwesenheit des Unternehmers erfolgreich ist und der angestellte Mittelstand seinen Dienstvertrag vor Ort ausüben muss.

## Globale Kapitalgesellschaften kontra mittelständische Personalunternehmen

Das hat in unserer Wirtschaft zu einer Aufspaltung zwischen den die globalisierten Freiheiten nutzenden globalen Kapitalgesellschaften und Banken einerseits und den bodenständigen mittelständischen Personalunternehmen andererseits geführt. Ersterer können die grossen Freiheiten für Steuerfreiheit, Billigarbeit und internationale Billigbelieferung nutzen und sich vor allem durch globale Verlagerung den überbordenden Gesetzen und Bürokratien unserer alten Industrieländer entziehen. Der heimatreue Mittelstand dagegen ist z. B. in Deutschland den höchsten Steuern und Sozialabgaben der Welt ausgeliefert, einem ständig wachsenden und nicht mehr beherrschbaren Gesetzesnetz und einer Bürokratie, welche selbst immer weniger Entscheidungen trifft, statt dessen die Verantwortlichkeiten und wachsenden Kontrollaufwand auf die Unternehmen abwälzt. Nur die Kapitalgesellschaft, Konzerne und die Hochfinanz haben die globalisierte Freiheit, sind aus den nationalen Rechtssystemen in rechtsfreien Raum gewachsen – der Mittelstand als bleibender Staatsuntertan dagegen hat Höchststeuern, Höchstsozialabgaben und Höchstlöhne zu zahlen und dazu auch noch die Monopolpreise der Global player zu akzeptieren, deren Konditionen und Rabatte hinzunehmen, sich deren Billigwettbewerb auf dem Markt zu stellen und ist dabei eindeutiger Verlierer im Globalisierungsspiel.

## Für die Unterschicht mehr Gefahren als Nutzen

Auch die Unterschicht hat inzwischen begriffen, dass Globalisierung für sie mehr Gefahr als Nutzen bedeutet: Wenn sich die globalen Konzerne in Billiglohnländer verlagern, bleibt Arbeitslosigkeit in Deutschland zurück.

Wenn die Zentralbanken hoch verschuldete Staaten und Pleitekonzerne sowie Pleitebanken mit immer höheren Krediten über Was-

ser halten, eine Schuldenexplosion in der Welt betreiben und damit den Wert der Währungen und des Geldes vernichten, schwinden damit nicht nur das Realeinkommen, sondern auch die Ersparnisse, und jede Alterssicherung unserer Arbeitnehmer verliert an Wert.

## Gesteuerte Medien

Und wenn die Medien der westlichen Welt durch die US-Hochfinanz finanziert, gesteuert, manipuliert und auf eine einheitlich gewünschte politische Ideologie<sup>6</sup> gezüchtet werden, wird die durch Medienpropaganda am meisten beeinflusste Unterschicht davon auch am meisten dirigiert.

Die von den Globalisten geforderte Freizügigkeit aller Menschen der Welt hat naturgemäss zur Völkerwanderung in die wirtschaftlich blühenden und offenen Länder geführt. *Angela Merkel* hat die Armen und Gescheiterten der Welt sogar eingeladen, unser Sozialsystem zu geniessen (Sozialimmigration), was die Unterschicht immer mehr als eigene Ausbeutung begreift, aber nicht öffentlich äussern darf.

## Die Rolle der Grünen

Seit der Jahrtausendwende sind die global US-gesteuerten Grünen Vorkämpfer für weltweiten Feminismus, Black Life Matters, Massenmigration sowie Sprach- oder Denklung der Menschen in den von ihnen beherrschten Medien und deren politischer Propaganda. Wenn die Führung der Grünen «mit Deutschland nichts mehr anfangen» kann, nationales Denken «Nazitum» sein soll, das Christentum bekämpft wird, «weil der Islam zu Deutschland gehört» und nach amerikanischem Vorbild in Rundfunkanstalten (NDR) vorgeschrieben wird, dass 17,5 % Farbige<sup>7</sup> in Fernsehbeiträgen zu präsentieren seien und 65 % der Führungspositionen in den Filmen von Frauen dargestellt werden müssten, zeigt dies, wie stark die US-Globalisierer die Welt und ihre Kolonien mental beherrschen.

Bis zum kommenden Zusammenbruch des Weltfinanzsystems und Dollar-Imperiums wird die Globalisierung noch unsere Politik, Gesellschaft, Wirtschaft und unser Denken global und antinational prägen und den Globalisten<sup>8</sup> die grossen Vorteile, allen Globalisierungsverlierern aber Unfreiheit, Ausbeutung, Freiheitsverlust und Verarmung bringen.

## Die wirklichen ökologischen Fragen

Während die grünen Idealisten die Natur global retten wollen, hat der Autor selbst als Waldbesitzer die Folgen der Globalisierung zu tragen, indem der 1979 aus Ostasien nach Europa eingeschleppte Ulmensplintkäfer alle Ulmen vernichtet hat, in gleicher Weise seit 2000 das ebenfalls eingeschleppte Roskastanien-Bakterium unsere Kastanienbäume befällt und vernichtet, indem ebenfalls zur Jahrtausendwende der Eschenpilz aus Asien eingeschleppt worden ist und die meisten Eschen in Deutschland vernichtet, 2006 sogar aus Kanada eine Russrindenkrankheit mit grösster Gefahr auch für Menschen unsere Ahornbestände vernichtet und indem durch grüne Ideologie «sich selbst überlassene Wälder» Millionen Eichensplintkäfer, Eichenprozessionsspinner, Borkenkäfer usw. gezüchtet wurden, die inzwischen flächendeckend unsere Wälder befallen und vernichten.

## Monopolisierung der Nahrungsmittelproduktion

Auch unsere Nahrungsmittelproduktion wurde globalisiert und monopolisiert. Mit viel Geld von *Monsanto* u. a. haben Politiker und Patentbeamte gentechnisch veränderte Organismen patentfähig erklärt.<sup>9</sup> Sechs Global player besit-

zen 90 % aller zugelassenen transgenen Pflanzen, halten hierauf die Patente und kassieren Jahr für Jahr globale Patentgebühren von allen Bauern in der Welt dafür. «Mit der auf diese Weise entstandenen Monopolisierung unserer Nahrungsressourcen ist ein globales monopolistisches Machtinstrumentarium entstanden»<sup>10</sup>, welches die Nahrungsmittelversorgung des grössten Teils der Welt unter Kontrolle und in Ausbeutung hält.

Mit der weiterentwickelten «Terminator-Saat» wird die Lebensdauer der Gensaat nur auf eine Ernte beschränkt, müssen also die Bauern der Welt nicht mehr nur jährlich Lizenzgebühren, sondern teure Kaufpreise für die Neusaat bezahlen.

Das gleiche Spiel haben Monsanto und Co. auch mit den Spritzmitteln betrieben, wie z. B. das *Glyphosat*, welches auf die von Monopolisten gelieferten Monopol-Saat abgestimmt ist, alles andere abtötet. Wer also Monopol-Saat benutzt, muss auch Monopol-Spritzmittel kaufen. So werden die nationalen Landwirte in doppelter Abhängigkeit von den internationalen Konzernen gehalten, wird Selbstverwaltung und nationale Souveränität durch die globalen Konzerne ausmanövriert.

## Fazit

Bisher steht fest, dass die Globalisierung der grosse Vorteil für die internationalen Konzerne, Banken und Organisationen ist, aber überwiegend Nachteil für den selbständigen, den angestellten Mittelstand und die Unterschicht. Ob die Globalisierung insgesamt zum Verhängnis für unseren Wohlstand wird, dürfte der aus der Welt-Schuldenspirale sich entwickelnde grösste Weltwirtschafts-crash in Kürze zeigen. •

<sup>1</sup> vgl. Hamer, Eberhard u. Eike (Hrsg.) *Wie kann der Mittelstand die Globalisierung bestehen?* Hannover 2005

<sup>2</sup> ebenda

<sup>3</sup> Das sind Untersuchungen zur Monopolisierung durch Globalisierung; zum Welt-Geldbetrug; zu globalen Netzwerken statt Nationen; zum Steuerstaat in der Globalisierungsfalle; dazu, dass global offene Sozialsysteme nie halten; zur Entdemokratisierung durch Zentralisierung; zur Monopolisierung unserer Nahrung; zum Griff nach dem Wasser.

<sup>4</sup> Hamer, Eberhard u. Eike. *Wie kann der Mittelstand die Globalisierung bestehen?* Hannover 2005, S. 251ff.

<sup>5</sup> ebenda, S. 258

<sup>6</sup> z. B. Gendersmus, Black Live Matters, Fridays for Future, Umwelthysterie u.a.

<sup>7</sup> So viele gibt es gar nicht in unserer Bevölkerung.

<sup>8</sup> z. B. den antinationalen Grünen

<sup>9</sup> 1980 entschied der US-Supreme Court mit 5:4 Richtern in seinem «Chakrabarty-Beschluss», dass Gentechnik-Lebensformen patentierbar seien.

<sup>10</sup> vgl. Fuchs, R. «Monopolisierung unserer Nahrung». In: Hamer, Eberhard u. Eike (Hrsg.) *Wie kann der Mittelstand die Globalisierung bestehen?* Hannover 2005, S. 226

## Zeit-Fragen

Zeitung für freie Meinungsbildung,  
Ethik und Verantwortung  
für die Bekämpfung und Einhaltung  
des Völkerrechts, der Menschenrechte  
und des Humanitären Völkerrechts

Herausgeber: Genossenschaft Zeit-Fragen

Chefredaktion: Erika Vögeli

Redaktion und Inserate:

Zeit-Fragen, Postfach

CH-8044 Zürich

E-Mail: redaktion@zeit-fragen.ch

abo@zeit-fragen.ch

Internet: www.zeit-fragen.ch

Druck: Druckerei Nüssli, Mellingen AG

Jahresabonnement: Fr. 168.–/ Euro 108.–

Das Abonnement verlängert sich automatisch um ein Jahr, wenn vor Ablauf keine Kündigung erfolgt.

CH: Postcheck-Konto Nr. 87-644472-4

D: VR Bank Tübingen eG, BIC GENODES1STW

IBAN DE18 6406 1854 0067 5170 05

A: Raiffeisen Landesbank, BIC RRVGAT2B

IBAN AT55 3700 0001 0571 3599

Die Redaktion freut sich über Zuschriften von Lesern. Sie behält sich aber vor, gegebenenfalls Texte zu kürzen.

© 2021 für alle Texte und Bilder bei der Genossenschaft Zeit-Fragen. Abdruck von Bildern, ganzen Texten oder grösseren Auszügen nur mit Erlaubnis des Verlages oder der Redaktion, von Auszügen oder Zitaten nur mit ausdrücklicher Kennzeichnung der Quelle Zeit-Fragen, Zürich.

# Liberalismus und direkte Demokratie

von Dr. phil. René Roca, Forschungsinstitut direkte Demokratie (www.fidd.ch)

In der Schweiz haben die Bürgerinnen und Bürger die Demokratie in den letzten 200 Jahren zu einem weltweit einmaligen Modell entwickelt. Die direkte Demokratie ist fester Bestandteil der politischen Kultur und das entscheidende Fundament für den wirtschaftlichen Erfolg des Landes. Der Artikel «Geschichtsforschung und direkte Demokratie» (siehe Zeit-Fragen Nr. 16 vom 28. Juli 2020) fasste als Auftakt und kurzer Überblickstext die bisherigen Forschungen zusammen. Nun sollen, wie angekündigt, in einer losen Folge die Forschungsresultate anhand einzelner Themen vertieft werden. Den Anfang dazu machte der Artikel zum Thema des Katholizismus und dessen Bedeutung für die Demokratiegeschichte der Schweiz (siehe Zeit-Fragen Nr. 2 vom 26. Januar 2021). Nun folgt ein Text zur Bedeutung des Liberalismus für die Entstehung und Entwicklung der direkten Demokratie in der Schweiz. Nachfolgend ein Auszug aus dem einleitenden Kapitel des Tagungsbandes «Liberalismus und moderne Schweiz».<sup>1</sup>

## Freiheit – Gemeinsinn – Fortschritt

Die schweizerische «Freisinnig-demokratische Partei. Die Liberalen» (FDP) entwickelte im Hinblick auf die nationalen Wahlen im Herbst 2015 eine neue Zukunftsstrategie. Die Partei übertitelte die Strategie mit den Worten «Freiheit, Gemeinsinn und Fortschritt – aus Liebe zur Schweiz.» Die Zukunftsstrategie findet sich unter dem Kapitel «Werte» auch noch nach den Wahlen auf der Webseite der Partei und wird wie folgt umschrieben:

«Die Schweiz ist Weltspitze. Uns geht es so gut wie sonst kaum jemandem. Grundlage dieser Erfolgsgeschichte sind seit jeher die freisinnigen Werte *Freiheit, Gemeinsinn und Fortschritt*. Auf diesen Werten basieren freisinnige Errungenschaften wie unsere liberale Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, Föderalismus, direkte Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, ein starker, aber schlanker Staat, das Milizsystem, ein gutes Bildungssystem und Wohlfühlen.»<sup>2</sup>

Studiert man die Geschichte des Liberalismus in der Schweiz, so kann zweifellos festgestellt werden, dass er massgeblich mithalf, die beschriebenen Errungenschaften zu entwickeln, ausser den Föderalismus und die direkte Demokratie. Hinsichtlich des Föderalismus befürworteten die meisten Liberalen lange noch das helvetische Muster zentralisierter Strukturen. Erst mit dem Widerstand der Katholisch-Konservativen und dem Sonderbundskrieg 1847 wurde 1848 als Kompromiss eine bundesstaatliche, föderalistische Lösung möglich.<sup>3</sup> Die direkte Demokratie bekämpften die Liberalen in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts konsequent.

Noch vor der Parteigründung der FDP 1894 zerfiel die liberale Bewegung der Schweiz in Teilbewegungen, die erst nach 1848 direktdemokratische Volksrechte in Theorie und Praxis integrierten.

## Historische Verortung der Begriffe «Liberalismus» und «direkte Demokratie»

Der Begriff Liberalismus ist als politischer Begriff der postrevolutionären Epoche nach 1789 zuzuordnen. Die «Liberalen» einte die Ablehnung des Ancien Régimes und die Zustimmung zum politischen Wandel. Speziell wurde die Freiheit des Individuums und des Gewissens betont, und schon früh wurde vor den Gefahren der Gleichheit gewarnt. Die Ziele der meisten Liberalen waren eine Verfassung mit der Anerkennung individueller Rechte, die Gewaltenteilung und das Demokratieprinzip, basierend auf der Grundlage eines Repräsentativsystems. Die Wahlen sollten einem Zensus-System unterworfen sein. Eine Abstimmung gab es allenfalls nur zur Sanktion der Verfassung, ansonsten waren keine Abstimmungen mittels direktdemokratischer Volksrechte vorgesehen.<sup>4</sup>

Der Liberalismus gründet allgemein im Naturrecht und taucht als politischer Begriff 1812 anlässlich der Kämpfe um die spanische Verfassung und 1817 in Frankreich während der Restauration («idéés libérales») auf.<sup>5</sup>

Die liberale Bewegung in der Schweiz war kurz vor und besonders nach der Juli-Revolution von 1830 in Frankreich erfolgreich. In zwölf von 22 Kantonen fanden Umwälzungen statt, die zu liberal-demokratischen Ver-

fassungen führten und mehrheitlich liberale Kräfte in exekutive und legislative Gewalten brachten. Nach 1830 zerfiel die siegreiche liberale Bewegung rasch, und liberale Exponenten entwickelten radikale Strömungen, die teilweise auch Revolution und Gewaltanwendung befürworteten (Jakobinismus), sich jedenfalls aber für tiefgreifende Veränderungen der bestehenden Verhältnisse einsetzten. Allerdings radikalisierten sich in der Schweiz schon vor 1830 Teile der liberalen Bewegung (Liberal-Radikale wie z. B. Ludwig Snell oder Kasimir Pfyster) und grenzten sich schärfer von den Frühliberalen und nur moderaten Reformen ab. Die Liberal-Radikalen profilierten sich in der Sonderbundszeit als Vorkämpfer einer grundlegenden Erneuerung der politischen Institutionen.<sup>6</sup>

Der eigentliche schweizerische Radikalismus, der in der Westschweiz stärker vertreten war, verfügte nie über eine einheitliche politische Theorie; was die verschiedenen Richtungen einte, war das Ziel der nationalen Einigung und die Errichtung eines starken Zentralstaates. Nach 1848 entstand aus radikalen Strömungen der Frühsozialismus, der pointierter egalitäre und etatistische Züge trug, aber auch konsequenter das Prinzip der Volkssouveränität vertrat und sich für mehr direkte Demokratie einsetzte (Demokratische Bewegung der 1860er Jahre).<sup>7</sup>

Der Begriff direkte Demokratie meint einerseits ein politisches System und andererseits ein politisches Entscheidungsverfahren, also für die Schweiz die Entstehung und Entwicklung der Initiative und des Referendums in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Ausgehend von einzelnen Kantonen integrierte in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts auch der Bund in seiner Verfassung direktdemokratische Volksrechte (1874 fakultatives Gesetzesreferendum, 1891 Verfassungsinitiative). Wichtige theoretische Elemente waren dabei das Genossenschaftsprinzip, das moderne Naturrecht und die Idee der Volkssouveränität. Die historischen Bezugspunkte waren die Amerikanische und Französische Revolution, deren Theoretiker im Rahmen von Verfassungsdiskussionen direktdemokratische Elemente thematisierten.<sup>8</sup>

## Die freisinnige Grossfamilie und ihr Verhältnis zur direkten Demokratie

Der Schweizer Historiker und Politologe Erich Gruner (1915–2001) spricht von der «freisinnigen Grossfamilie», wenn er die liberale Bewegung in der Schweiz für das 19. Jahrhundert absteckt. Drei wichtige Richtungen zeigten, abgesehen von allen Facetten und speziellen

Färbungen, die Entwicklung des Liberalismus und sein Verhältnis zur direkten Demokratie auf: Liberalismus, Radikalismus und Demokratismus.<sup>9</sup> Bevor Gruner die Unterschiede der jeweiligen Doktrin aufzeigt, betont er die gemeinsamen Grundlagen: «Der gemeinsame geistige Grund liegt im Bekenntnis zur einheitlichen Staats- und Gesellschaftsordnung, zur freien, geistigen Meinungsäusserung, kurz in den Idealen der Aufklärung und der Französischen Revolution.»<sup>10</sup>

Der schweizerische Liberalismus besitzt seine geistigen Wurzeln einerseits in der Zeit der Helvetischen Republik und andererseits in der Staats- und Gesellschaftslehre Benjamin Constants (1767–1830). Dessen Ansätze waren besonders in der Westschweiz verankert, und so originelle Denker wie Alexandre Vinet, Charles Secrétan und Philippe Bridel haben seine Lehre weiterentwickelt. Constant ist, ähnlich wie John Locke (1632–1704), der Überzeugung, dass das Volk politisch nur durch die Volksvertretung handeln könne. Er befürwortet klar eine repräsentative Demokratie mit einem Wahlsensus, das heisst der Beschränkung des Wahlrechts auf gebildete und besitzende Schichten, und lehnt explizit die direkte Demokratie ab. In klarer Abgrenzung und in Opposition zu Jean-Jacques Rousseau (1712–1778) formuliert Constant einen individualistischen Freiheitsbegriff, eingeschränkt auf eine schmale Oberschicht. Damit verlässt Constant und seine Nachfolger den Boden des Naturrechts und reden einem utilitaristischen Ansatz das Wort. Die Lehre Constants mündet in den Liberal-Konvativismus beispielsweise von Johann Caspar Bluntschli (1808–1881) und in liberal-radikale Lehren wie die für die schweizerische Regeneration einflussreiche von Ludwig Snell (1785–1854).

Der schweizerische Radikalismus, der zwar auch in der Schweiz kein geschlossenes System entwickelte, aber das moderne Naturrecht befürwortet, nimmt mit seiner Hauptforderung nach nationaler Einheit das Postulat einer revolutionären Umgestaltung der Schweiz auf und ist damit mitunter treibende Kraft für den Sonderbundskrieg 1847 und die nachfolgende Bundesstaatsgründung. Eine zentrale Quelle des schweizerischen Radikalismus ist Ignaz Paul Vital Troxler (1780–1866), der sich allerdings mit seinen wertkonservativen und religiösen Haltungen nicht einfach einordnen lässt, aber als radikaler Politiker und als Pädagoge des Aarauer Lehrvereins eine breite Wirkung zugunsten der Demokratisierung und der schweizerischen Bundesstaatsgründung erreichte.<sup>11</sup> Gerade Troxler betont, dass die Nation nichts

anderes sei als der Ausdruck des Volkes als einer natürlichen, urstaatlichen und urbildlichen Gegebenheit. Das eidgenössische Volk sei der eigentliche Souverän, der über allen Gesetzen und Verträgen thronete. Konsequenterweise war es Troxler, der ab den 1840er Jahren zusammen mit anderen Radikalen die liberale Vorstellung der repräsentativen Demokratie weiterentwickelte und mit den Forderungen nach Veto, Referendum und Initiative sowie der Wahl möglichst aller Behörden die Volkssouveränität konkretisierte.<sup>12</sup>

Die Forderung nach mehr direkter Demokratie, dem Ausbau also der bestehenden Demokratie zur reinen Demokratie, zeigt die dritte Richtung an, nämlich den sogenannten Demokratismus. Die demokratische Bewegung der 1860er Jahre nimmt das Postulat der direkten Demokratie auf und fördert in verschiedenen Kantonen vor allem der Nordwest- und der Ostschweiz gegen das im Freisinn repräsentierte etablierte Bürgertum (im Kanton Zürich das «System Escher») das Ideal einer sozialen Demokratie. Besonders Karl Bürkli (1823–1901) setzte frühsozialistische Akzente mit der Unterstützung der Genossenschaftsbewegung und weiteren wirtschaftspolitischen Forderungen,<sup>13</sup> die demokratische Bewegung nährte sich aber auch aus konservativen Quellen. Was nämlich vor 1848 bereits den Katholisch-Konservativen in einzelnen Kantonen mit der Einführung des Gesetzesvetos gelang (zum Beispiel im Kanton Luzern), das versuchen nun auch die Demokraten. Sie verfolgten das Ziel, die Gegensätze in der Industriegesellschaft auszugleichen und die repräsentative Demokratie zu ersetzen; der direkten Demokratie sprechen sie dabei eine gemeinschaftsbildende Kraft zu.<sup>14</sup>

Die drei politischen Richtungen des Liberalismus, Radikalismus und Demokratismus einte das Bekenntnis zum nationalen, einheitlichen Bundesstaat. Die Vertreter des Liberalismus waren lange Zeit der Meinung, die politische Macht sollte einer «natürlichen Aristokratie» und nicht der «ungebildeten Masse» zukommen, ansonsten drohten Anarchie und Ochlokratie. Erst nach 1848 sind bei den Liberalen – auch dank praktischer Erfahrungen mit radikalen und demokratischen Ansätzen – Lernprozesse festzustellen, die den Wert der direkten Demokratie als politisches Instrument, das dauernd für die soziale Integration der Bürger in einer sozialen Einheit sorgt, mehr gewichten. •

## René Roca (Hg.). Liberalismus und moderne Schweiz, Beiträge zur Erforschung der Demokratie 2

ro. Die liberale Staatsidee wurzelt in der Aufklärungs- und der französischen Revolutionszeit. Sie schlug sich in leitenden Grundsätzen der helvetischen Verfassungen nieder. Damit und mit der Förderung der Volksschule prägte der Liberalismus im 19. Jahrhundert die weitere demokratische Entwicklung in der Schweiz nachhaltig. Jedoch lief die liberale Theorie und Praxis mit ihrem Hang zur Aristokratisierung immer wieder Gefahr, das moderne Naturrecht zu negieren und an dessen Stelle ein utilitaristisches Prinzip zu favorisieren.

Das im Mittelpunkt von Band 2 stehende Verhältnis des schweizerischen Liberalismus zur direkten Demokratie war zwar ambivalent und konfliktgeladen, doch befruchteten sich beide Denksätze und wurden in der Praxis zu wichtigen Bausteinen einer modernen Schweiz.

### Inhaltsverzeichnis

Elisabeth Kopp und René Roca. Vorwort  
René Roca. Liberalismus und direkte Demokratie. Theorie und Praxis in der Schweiz. Eine Einleitung  
Paul Widmer. Abweisung der direkten Demokratie in den Ursprüngen der politischen Philosophie des Liberalismus (Emmanuel Joseph Sièyes, Benjamin Constant)  
Robert Nef. Zaccaria Giacometti und Friedrich August von Hayek. Wie kompatibel ist der klassische Liberalismus mit der Demokratie?

Werner Ort. Heinrich Zschokke auf der Suche nach der «richtigen» Demokratie

Daniel Annen. Die Schweiz – ein liberaler Staat. Aber wie? Demokratische Strukturen für die Eidgenossenschaft bei Kant, Schiller, Ragaz und Inglin

### Der Herausgeber

René Roca ist promovierter Historiker und Gymnasiallehrer in Basel. Er gründete und leitet das Forschungsinstitut direkte Demokratie (www.fidd.ch). Er publiziert regelmässig zu den Themen direkte Demokratie, Genossenschaftsprinzip und Naturrecht.

Schwabe Verlag Basel www.schwabeverlag.ch ISBN 978-3-7965-3639-7



<sup>1</sup> Roca, René. Einleitung, in: Ders. (Hg.). *Liberalismus und moderne Schweiz, Beiträge zur Erforschung der Demokratie*. Band 2, Basel 2017, S. 11–50

<sup>2</sup> [www.fdp.ch/werte/zukunftsstrategie.html](http://www.fdp.ch/werte/zukunftsstrategie.html) (7.11.2016)

<sup>3</sup> Roca, René. Der Beitrag des Katholizismus und der Katholisch-Konservativen zur direkten Demokratie in der Schweiz – Die Kantone Schwyz und St. Gallen. In: Ders. (Hg.). *Katholizismus und moderne Schweiz, Beiträge zur Erforschung der Demokratie*. Band 1, Basel 2016, S. 57–79, hier S. 78f.

<sup>4</sup> Vierhaus, Rudolf. Art. Liberalismus. In: *Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland*, hg. von Reinhart Koselleck et al., Studienausgabe Band 3, Stuttgart 2004, S. 741–785, hier S. 750f.

<sup>5</sup> ebd.

<sup>6</sup> Bouquet, Jean-Jacques. Art. Liberalismus. In: *Historisches Lexikon der Schweiz (HLS)*, Band 7, Basel 2008, S. 823–827, hier S. 823f.; Roca, René. *Bernhard Meyer und der liberale Katholizismus der Sonderbundszeit. Religion und Politik in Luzern (1830–1848)*. Bern 2002, S. 81–86

<sup>7</sup> Tanner, Albert. Art. Radikalismus. In: *Historisches Lexikon der Schweiz (HLS)*, Band 10, Basel 2011, S. 61f.

<sup>8</sup> Roca, René. *Wenn die Volkssouveränität wirklich eine Wahrheit werden soll ... Die schweizerische direkte Demokratie in Theorie und Praxis – Das Beispiel des Kantons Luzern*. Zürich/Basel/Genf 2012, S. 223–225

<sup>9</sup> Gruner, Erich. *Die Parteien der Schweiz*. Bern 1969, S. 73–79

<sup>10</sup> ebd., S. 74

<sup>11</sup> Roca, René. Ignaz Paul Vital Troxler und der Aarauer Lehrverein. Wie eine private Bildungsanstalt die Demokratieentwicklung in der Schweiz entscheidend förderte. In: *Argovia 2014, Jahresschrift der Historischen Gesellschaft des Kantons Aargau 126*. Baden 2014, S. 140–154

<sup>12</sup> ebd.

<sup>13</sup> Roca, René (Hg.). *Frühsozialismus und direkte Demokratie, Beiträge zur Erforschung der Demokratie*. Band 3, Basel 2018

<sup>14</sup> Bürgin, Markus. Art. Demokratische Bewegung. In: *Historisches Lexikon der Schweiz (HLS)*, Band 3, Basel 2004, S. 639–641

# Heilpädagogik im Dialog

**Riccardo Bonfranchi und Eliane Perret: «Heilpädagogik im Dialog. Praktische Erfahrungen, theoretische Grundlagen und aktuelle Diskurse»<sup>1</sup>**

von Urs Graf

Es gibt heute viele bildungspolitische Themen – nicht nur in der Heilpädagogik –, die diskutiert werden müssten. Das finden die beiden Autoren des Buches und treten deshalb in einen Dialog über – nicht nur aus ihrer Sicht – relevante Aspekte der (Heil-)Pädagogik, der schulischen Bildung überhaupt.

Als Fachleute der Heilpädagogik mit grossem Praxishintergrund und breiten theoretischen Grundlagen äussern sie sich zu 33 Themen kurz, prägnant und das Wesentliche erfassend. Sie nehmen aufeinander Bezug und nähern sich auf diese Weise von verschiedener Seite den gestellten Fragen an, kleinschrittig mit grossem fachlichem Tiefgang und philosophisch – und mitunter spielerisch humorvoll.

Die beiden Autoren finden ungeachtet ihrer teilweise unterschiedlichen Betrachtungsweise einen breiten Konsens bezüglich der natürlichen Voraussetzungen der Kinder und der nötigen Rahmenbedingungen für einen gelingenden Unterricht. Dies sowohl für Kinder mit besonderen Bedürfnissen als auch für alle anderen Kinder. So finden sie Gemeinsamkeiten in der Beurteilung der aktuellen Entwicklungen der Institution Schule, beispielsweise punkto Integration, Digitalisierung, Leistungsmessung und Unterrichtsmethodik im Allgemeinen.

Bonfranchi betrachtet diese Entwicklungen vorwiegend hinsichtlich ihrer Auswirkungen im Erziehungsalltag mit körperlich und geistig mehrfach behinderten Kindern.

Er sieht, wie unter den Bedingungen einer noch so gut gemeinten «Integration» körperliche und geistige Beeinträchtigungen mitunter banalisiert werden und die spezifische individuelle Förderung behinderter Kinder oft auf verheerende Weise vernachlässigt wird.

Perret fasst den historischen und ideenkritischen Aspekt der Schulentwicklung stärker ins Auge und beobachtet den Paradigmenwechsel von der heilpädagogischen zur psychiatrischen Behandlung der Kinder mit Sorge, zumal sich die verbindlichen Diagnosesemanuale seit den 1980er Jahren mehr und mehr auf die Feststellung formaler und funktionaler Defizite (Störungsbilder) beschränken. Der soziale und lebensgeschichtliche Kontext werde kaum mehr in Betracht gezogen. Das jeweilige menschliche Individuum als soziales Wesen drohe hinter einem wie auch immer bezeichneten Cluster von Symptomen zu verschwinden – und mit ihm das urpädagogische Anliegen, über das Offenkundige hinaus das Mögliche anzustreben. Im Aufholen von Defiziten bestehe ja gerade die heilpädagogische Arbeit. Immer taucht dabei die Bedeutung der Beziehung zwischen Lehrendem und Lehrenden auf, die bei den aktuellen Entwicklungen vernachlässigt werde.

Während es bei einigen wenigen Themen um Heilpädagogik im engeren Sinne geht, befassen sich die anderen mehrheitlich mit Veränderungen im Bildungswesen ganz allgemein, deren Herkunft und Grundlagen viele Fragen aufwerfen würden. Deshalb sind gerade diese Kapitel besonders lesens-

wert. Wenn man zum Beispiel eine Erklärung dafür suche, wie in einer freiheitlich-demokratischen Gesellschaft ein derartiger Paradigmenwechsel im Schul- und Bildungswesen unreflektiert stattfinden konnte, komme man um ein Verständnis über sprachhypnotische Manipulationstechniken in der öffentlichen Diskussion nicht herum. Eliane Perret erklärt dies anhand des Begriffes «Kompetenz» im Output-orientierten Lehrplan 21 anschaulich. Die Schule habe sich damit vom Ziel einer ganzheitlichen Vermittlung von Wissen und Werthaltungen an die Schüler verabschiedet und damit auch vom humanistisch-emanzipatorischen Anliegen, welches die europäische Bildungstradition über Jahrhunderte entwickelt hätte. Nach der Lektüre ihrer Darlegungen möchte man wie Riccardo Bonfranchi gerne hoffen, dass diese Fehlentwicklung eine Fussnote in der Bildungsgeschichte bleiben möge.

Ein anderes Kapitel befasst sich mit *New Public Management*. Dort erfährt der Leser mehr über die Hintergründe dieser antidemokratischen Politik, die sich auch im Bildungswesen auswirke. Dabei müsse die Entwicklung im Welthandelssystem seit der Wende von 1989 nachvollzogen werden, als der Marktradikalismus zur Leitideologie geworden sei. Mit der Zustimmung zum GATS-Abkommen der Welthandelsorganisation WTO hätten die 164 beteiligten Staaten beschlossen, ihre Grundversorgungsdienste – darunter auch die Schulbildung – gegenüber einem globalen Markt zu öffnen. In der Folge sei das



Schulwesen nach dem Modell von Geschäftseinheiten der Privatwirtschaft umstrukturiert worden. Entscheidende Veränderungen in unseren Schulen hätten daher keinen pädagogischen, sondern diesen Hinter-Grund.

Beide Autoren sind sich darüber einig, dass zur Verwirklichung des Rechts auf Bildung für alle Kinder mit Rücksicht auf die individuellen Bedürfnisse verschiedene Wege offenbleiben müssen und man keiner Ideologie folgen dürfe. Und sie messen der pädagogischen Arbeit mit der Gruppe und der Klassengemeinschaft eine hohe Bedeutung bei, um das Sozialgefühl der Kinder zu stärken. Die Rechte von Menschen mit Behinderung seien durch eine schulische Erziehung zum Miteinander besser gewährleistet als durch individualisierendes Nebeneinander im globalen Leistungswettbewerb. Perret geht in diesem Zusammenhang auch auf die Möglichkeiten ein, welche der Einbezug der Individualpsychologie Alfred Adlers gerade für die Heilpädagogik eröffne.

Das Buch ist interessant und anregend, weil zwei Praktiker mit profunden Kenntnissen in der Behindertenförderung den Blick über ihren Fachbereich hinaus auf den sozial-ökonomischen Kontext richten, der sich im Verlauf der Geschichte veränderte und die heutige Bildungspolitik prägt. Trotz der Komplexität der Themen ist es gut lesbar geschrieben.

Dem Buch ist eine grosse Verbreitung zu wünschen, damit es eine längst fällige öffentliche Debatte über die Schulreformen der letzten Jahrzehnte anstossen kann. •

<sup>1</sup> Bielefeld ATHENA wbv 2021, ISBN (Print) 978-3-7639-6580-9, ISBN (E-Book) 978-3-7639-6583-0

## Lernzielbefreiung: Ethisch vertretbar?

Auszug aus Kapitel 10: Heilpädagogisches Handeln ist ethisches Handeln – immer (Seiten 81–83)

Beitrag Eliane Perret

Die zehnjährige Elisa kommt zu uns an die Schule. Sie hat einen denkbar schlechten schulischen Stand, kann kaum lesen und braucht die Finger, um 5+3 zusammenzuzählen. Die Tests haben einen entsprechend tiefen IQ festgestellt – ein Grenzfall zu leichter geistiger Behinderung. Bis anhin war Elisa integrativ beschult worden, zuerst mit Integrierter Förderung, dann als Sonderschülerin in der Regelschule. Sie war «lernzielbefreit». Nun stellte sich für uns die Frage, wie wir mit Elisa arbeiten sollten und ob unsere Schule überhaupt ihren Bedürfnissen entsprach. Wir stellten bei der Arbeit mit ihr schnell fest, dass sie immer wieder Gedankengänge zeigte, die auf eine gute Intelligenz verwiesen. Wir beobachteten aber auch, dass sie bei einem Fehler zusammenzuckte und «ausstieg». Sie hörte in gewissem Sinne auf zu denken und konnte kaum noch 1+1 zusammenzählen. Hier stellte sich für mich eine ethische Frage: War es richtig, sie von den Lernzielen zu befreien? Wovon wurde sie frei? Sollten wir bei uns nun versuchen, dass sie wieder an den gleichen Lernzielen arbeitete wie die an-

deren Kinder, die in den Tests als geistig reger eingestuft wurden? Oder würde sie sich zu stark unter Druck fühlen? Wie war es mit ihrem Recht auf Bildung? Wir beobachteten Elisa weiterhin und sammelten erste Erfahrungen, wenn wir sie mit den anderen Kindern zusammen unterrichteten. Lernzielbefreiung kam nicht infrage, auch wenn wir wussten, dass eine anspruchsvolle Arbeit mit offenem Ausgang vor uns stand. Alles andere wäre für uns ethisch nicht vertretbar und eine Kapitulation von uns als Heilpädagogogen gewesen. Wir sind im übrigen oft mit ähnlichen Problemen konfrontiert, sie fordern uns zu einer Stellungnahme heraus. Oft muss man sich dazu mit dem aktuellen Forschungsstand auseinandersetzen.

Meines Erachtens eine ethische Frage, verbunden mit der Forderung, sich als Heilpädagogin so weit wie möglich mit neuen Erkenntnissen und Forschungsfragen zu befassen.

Kommentar Riccardo Bonfranchi

[...] beide haben wir versucht, die Ethik mit der Praxis des heilpädagogischen Alltags zu verbinden. Beim Lesen deines Beitrages ist mir die

moralische Empörung, wie die Ethiker sagen, gegenüber dem Begriff der Lernzielbefreiung aufgefallen. Ich kenne diesen Begriff aus meiner langjährigen Berufspraxis nur zu gut.

Aber erst durch deine Ausführungen ist mir dessen negative Bedeutung im vollen Ausmass bewusst geworden. «Lernzielbefreiung» heisst nämlich: Was dieses Kind tut oder leistet, spielt im Grund keine Rolle mehr. Es fällt sowieso durch das Raster des Lehrplans. Die Frage stellt sich nun: Ist das Kind das Problem oder taugt der Lehrplan nichts? Auch diese Frage ist natürlich wieder rhetorisch gemeint. Kann denn ein Mensch, solange er lebt, und sei er schwerst- und mehrfachbehindert, lernzielbefreit sein? Nein – das weise ich zurück. Das würde heissen, dass wir diesen Menschen bereits aufgegeben haben. Oder: Wir wissen nicht, was wir mit diesem Menschen bildungsmässig anfangen sollen. Das ist aber, ethisch betrachtet, eine unhaltbare Position. Folglich muss der Lehrplan geändert werden.

Nachdruck mit freundlicher Genehmigung des ATHENA-Verlags

## Wie eine Grossmutter ihren Enkel fördert

von Brigitte von Bergen

Kürzlich habe ich meine Nachbarin getroffen, und wir haben uns unterhalten. Sie hatte eine grosse Korbtasche in der Hand mit vielen Schachteln und Schächtelchen von verschiedenen Produkten. Auf meine Frage, ob sie gerade zur Entsorgung gehen wolle, antwortete sie: «Nein, ich gehe zu meinem Enkel Jens, er wartet auf mich, wir spielen jeweils mit kleinen Gegenständen aus dem Alltag, die ich mitbringe; dieses Mal bringe ich ihm diese Schächtelchen mit.» Jeden Samstag nachmittag besucht sie ihren Enkel, er ist knapp zwei Jahre alt. Sie hütet ihn, damit ihre Tochter mit ihrem Mann gemeinsam die grösseren Einkäufe machen kann. Ihre unerwartete Antwort weckte mein Interesse. Auch war mir die Frau durch ihre Natürlichkeit und ihre Zugewandtheit schon früher aufgefallen. Bei weiteren Begegnungen erfuhr ich mehr. Sie erzählte so lebhaft, dass ich es wiedergeben möchte.

Diese Grossmutter ist eine sehr feinfühlig, in sich ruhende Persönlichkeit und freut sich, mit ihrem Enkel Zeit zu verbringen. Sie überlegt sich, was sie mit ihm spielen kann. Er freut sich: Die Oma kommt mit einer grossen Tasche; er ist neugierig, was wohl dieses Mal

in der Tasche steckt. Er darf hineinschauen und sieht viele Schächtelchen. Sie schauen miteinander die verschiedenen leeren Schächtelchen an: die bunt gemusterten, die langen, schmalen und rechteckigen, z.B. von einer Gesichtscreme. Sie nehmen jedes Schächtelchen in die Hand, schauen es an, sie tasten die Kanten ab, berühren die Ecken und öffnen sie. So lernt er die unterschiedlichen Formen kennen. Da kann man ja etwas hineintun! Jens sucht in der Spielzeugkiste und findet verschiedene Dinge, Klötzchen, Kugeln und vieles mehr. Sie probieren miteinander aus, was in ein Schächtelchen passt. In eines passen Kugeln, in ein grösseres passen besser die Klötzchen usw. Jedes gefüllte Schächtelchen wird mit dem Deckel geschlossen.

Beim Füllen der Schächtelchen unterstützt ihn die Oma nur dann, wenn es nötig ist. Die Grossmutter sagt immer, was sie machen, er hört so die Worte zum Tun. So fängt Jens an, Begriffe zu hören und langsam zu verstehen. In diesem spielerischen Ablauf übt der zehnjährige Jens viele feinmotorische Fertigkeiten mit seinen kleinen Händen. Er entwickelt auch ein Gefühl dafür, wie unterschiedlich sich die verschiedenen Sachen anfühlen und

dass die einen Schächtelchen leichter und andere schwerer sind. Dieses gemeinsame Erleben gibt dem Kind Sicherheit, und beide, die Oma und Jens, freuen sich daran.

Nach einiger Zeit wird das Spiel beendet, und die Schächtelchen werden ausgeleert, und alles wird wieder an seinem Platz versorgt. Nun haben sie noch Zeit, etwas anderes zu tun, mit dem Ball zu spielen oder einen Spaziergang zu machen, einen Zvieri zu essen, bis die Eltern wiederkommen.

Bei einem nächsten Besuch bringt sie andere Schächtelchen, dann werden die Farben angeschaut. Jens zeigt auf eine Farbe und hört den Namen, er zeigt auf die rote Farbe, und die Oma sagt «Rot»; das Spiel geht weiter, sie suchen nach weiteren Farben, die auf den Schächtelchen zu sehen sind. In diesem Hin und Her mit der Oma schult der kleine Bub alle seine Sinne.

Jens lernt Ideen kennen, wie er mit Gegenständen aus dem Alltag spielen kann, anstelle von Plastikspielzeug oder elektronischen Geräten.

Ein anderes Mal bei heissem Wetter spielen sie mit einem Becken voll Wasser. Sie suchen einen Becher und schöpfen vom grossen Bek-

ken in eine kleine Spritzkanne. Das ist lustig und spritzt auch, was bei der warmen Sonne herrlich ist. Dabei zählen sie, wie viele Male sie schöpfen, bis die kleine Spritzkanne voll ist. Er lernt und übt in der ruhigen kontinuierlichen Beziehung zu seiner Grossmutter feinmotorische Fähigkeiten wie beispielsweise greifen, Abläufe erfassen, logisches Denken, schult seine Sinne, wie das Beobachten und vieles mehr. Seine Fähigkeiten werden dabei seinem Alter entsprechend gefördert.

Jens erlebt schon früh, dass seine Grossmutter jede Woche zuverlässig kommt und mit ihm etwas macht. Seine Eltern wie auch seine Grossmutter geben Jens diese Sicherheit und Verbindlichkeit, dass sie sich gerne mit ihm beschäftigen und dass sie ihm helfen, wenn er es braucht; dabei entsteht eine vertrauensvolle Beziehung.

Kinder, die in ihrer frühen Kindheit eine sichere stabile, verbindliche Beziehung erleben, werden so fähig, widerstandsfähig ins Leben hineinzuwachsen und menschliche Kontakte zu finden. Wenn der Mensch in seinem erwachsenen Leben auf Probleme stösst, kann er sich auch helfen lassen und Hilfe holen, er kann gut lernen und hilft auch gerne anderen. •